

Mittheilung 65 Pf., monatlich 1.80 Pf.  
im voraus zahlbar. Vierteljahr 4.20 Pf.  
einjährlich 16 Pf. Postgebühren  
72 Pf. Postgebühren Ausland  
abonnement 6.- Pf. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags  
zweimal, Sonntags und Montags  
einmal. Die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, „Wirtschafts-Beilage“, „Welt  
und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner  
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-  
stimme“, „Technik“, „Bild in die  
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die ständige Korrespondenz  
40 Pfennig. Anzeigen 4.- Reichs-  
mark. „Kleine Anzeigen“ des stän-  
digen Blattes 25 Pfennig (zuletzt zwei  
seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort  
12 Pfennig. Einzelnummern das erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Arbeitsnach-  
weise 60 Pfennig. Familienanzeigen 20  
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-  
stadtbüro, Lindenstraße 3, wochentags  
von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 202-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

## Neuwahlen in der Tschechoslowakei.

### Von der Regierung beschlossen.

Prag, 24. September. (Eigenbericht.)

Die Regierung beschloß am Montag, Ab-  
geordnetenhaus und Senat aufzulösen und  
die Neuwahlen für den 27. Oktober auszusprechen.  
Die Wahlen dürften zu einer Schwächung der tschechischen  
und deutschen Bürgerblockparteien, jedoch zu einer  
Stärkung der deutschen und der tschechoslowakischen  
Sozialdemokratie führen.

#### Offizielle Verkündung bevorstehend.

Prag, 24. September. (Eigenbericht.)

Die Nachricht von der Auflösung des tschechoslowakischen Par-  
laments ist zwar noch nicht amtlich herausgegeben, weil die  
formelle Unterzeichnung des Auflösungsdekrets durch Prä-  
sidenten Masaryk noch nicht erfolgen konnte, aber an der  
Tatsache der Auflösung ist seit heute Abend nicht mehr zu  
zweifeln, und sie wird auch in Regierungskreisen als bereits  
feststehend bezeichnet. Sie wird spätestens im Laufe des  
Mittwoch offiziell verkündet und im Amtsblatt vom  
Donnerstag veröffentlicht werden. Alle Parteileitungen sind bereits  
in diesem Sinne informiert worden.

#### Der interfraktionelle Ausschuß für Neuwahlen.

Prag, 24. September.

Die parlamentarischen Klubs der politischen Parteien  
haben heute eingehend über die politische Lage beraten. Wie die  
Mütter übereinstimmend feststellen, ist in der Frage der Neu-  
wahlen die Entscheidung bereits gefallen. Nachdem  
man auch die tschechische Volkspartei für die Ausschreibung von Neu-  
wahlen eintritt und die größte Koalitionspartei, die tschechischen  
Agrarier, in ihrer Beratung, an der außer dem Ministerpräsi-  
denten Udrzal auch die drei übrigen der Agrarpartei angehörenden  
Minister teilgenommen hatten, die Berichte ihrer Funktionäre über  
„die Frage der bevorstehenden Wahlen“ genehmigt hatten, war die  
Situation durchaus klar.

Der Politische Auktor-Ausschuß (interfraktioneller  
Ausschuß aller acht Koalitionsparteien. Red. d. „B.“), der in  
den Abendstunden zusammentrat, konnte demnach lediglich feststellen,  
daß die innerpolitische Lage die sofortige Ausschreibung  
von Neuwahlen erheische. Ein in den Abendstunden ausgegebenes  
Communiqué über die Sitzung des Parlamentsausschusses der  
konservativen Parteien besagt, daß bereits Dispositionen über die Tätig-  
keit des Ständigen Ausschusses, der in der Zeit der Unter-  
brechung parlamentarischer Tätigkeit tagt, getroffen wurden. Das  
Handschreiben des Präsidenten über die Auflösung der beiden  
Kammern und die Ausschreibung von Neuwahlen für Abgeordnetenhau-  
s und Senat ist demnach morgen oder spätestens über-  
morgen zu erwarten.

Als Wahltag wird der 27. Oktober genannt. Das Kabinett  
dürfte nicht demissionieren oder im Fall, daß es doch seinen  
Rücktritt anbietet, vom Präsidenten der Republik ersucht werden, im  
Amt zu bleiben, um die Neuwahlen durchzuführen.

#### Unterredung mit Coutup und Stivin.

Die Genossen Senator Dr. Coutup und Abg. Stivin, die  
augenblicklich in Berlin weilen, wo sie an der Interparlamentarischen  
Handelkonferenz teilnehmen, erschienen nach Erhalt der neuesten  
Nachrichten aus Prag sofort in unserer Redaktion, um uns zu  
informieren. Sie führten u. a. folgendes aus:

Das Auseinanderfallen des Bürgerblocks war schon seit  
längerer Zeit unermelblich. Die Gegensätze zwischen den  
Agrariern, die die Führung in der Koalition völlig an sich gerissen  
hatten, und den zurückgedrängten Klerikalen hatten sich von  
Tag zu Tag verschärft. Schon über die geplante soziale Ver-  
sicherung gegen Elementarschäden kam es zu den ersten Streitig-  
keiten. Als dann der agrarische Ministerpräsident Udrzal das  
von ihm bis dahin mitverwaltete Amt des Wehrministers an seinen  
Parteiengenossen Dr. Biskojsky abgab, kam es zum Bruch.

Die bisherige Regierungskoalition kann als ein tschechisch-  
slowakisch-deutsch-magyarischer Bürgerblock bezeichnet werden. Zum  
erstenmal waren auch deutsche Parteien, Agrarier und Christlich-  
soziale, durch den Arbeitsminister Spina und den Justizminister  
Mater-Harting in der Regierung vertreten. Der Bürgerblock  
führte einen wahren Klassenkampf von oben, indem er hohe Agrar-  
zölle beschloß, eine Verschlechterung der Sozialversicherung versuchte,  
die freilich nicht gelang, und auch auf den Achtstundentag einen An-  
griff unternahm. In bezug auf die Verfassung hat er wesentliche  
Verschlechterungen durchgeführt, da jetzt Landes- und Bezirksver-  
tretungen nur zu zwei Dritteln gewählt, zu einem Drittel von der  
Regierung ernannt werden. Das Selbstverwaltungsrecht der Ge-  
meinden wurde von der finanziellen Seite her wesentlich beschränkt.  
Neben diesen reaktionären Maßnahmen erreichte auch das sogenannte  
Kongrua-Gesetz, das die Gehälter der Geistlichen erhöhte, in der  
nichtklerikalen gesinnung Bevölkerung starke Unruhe.

So stellte sich schon bei den Landtagswahlen von 1927 heraus,  
daß hinter der Bürgerblockregierung keine  
Wählermehrheit mehr stand. Die Sozialdemokratie befand

sich schon damals wieder auf dem Vormarsch. Man darf mit Be-  
stimmtheit erwarten, daß sowohl die tschechoslowakische wie auch die  
deutsche Partei diesen Vormarsch am 27. Oktober weiter fortsetzen  
werden. Dagegen sind die Aussichten der kommunistischen Partei  
angesichts ihrer völligen Zerlegung schlecht. Ohne erhebliche Verluste  
wird diese Partei kaum aus den Wahlen zurückkehren. Auch der  
Bürgerblock wird sich nach ihnen als Minderheit wiederfinden. Dann  
aber wird die Frage der neuen Regierungsbildung  
kommen, deren Lösung für die Arbeiterklasse ohne Unterschied der  
Nationalität von der allergrößten Bedeutung sein wird.

Die beiden Genossen haben ihren Aufenthalt in Berlin mit Rück-  
sicht auf die Lage in ihrer Heimat abgebrochen. Sie kehren heute  
nach Prag zurück.

## Deutschnationale Erklärungen.

### Ruhlose Ablenkungsversuche.

Es hagelt deutschnationale Erklärungen. Jeder, der in  
den Enthüllungen der letzten Tage genannt worden ist, läßt  
mindestens eine Erklärung vom Stapel. Herr Rech-  
berg benützt die Gelegenheit, um für sich und seine phan-  
tastischen Projekte Reklame zu machen. Herr Klönne, der  
im Mittelpunkt der Enthüllungen steht, läßt eine Entschleierung  
der anderen folgen. Inhalt: er habe von seinen Unterredungen  
dem Auswärtigen Amt Mitteilung gemacht.

Darüber kann der Erklärungssturm noch lange hin und  
her gehen — der Kern der Enthüllungen wird damit nicht  
hinweggeklärt, daß nämlich die Deutschnationalen, die der Re-  
gierung wie Politikern der Linken und der Mitte Verhand-  
lungen mit Frankreich immer als Berrat angerechnet  
haben; selbst solche Verhandlungen gesucht und  
geführt haben.

Die Doppelzüngigkeit deutschnationaler Politik und die  
Berlegenheit deutschnationaler Agitation wird durch eine Flut  
ablenkender Erklärungen nicht aus der Welt geschafft.

#### Eine Erklärung Reynauds.

Paris, 24. September.

Der der demokratisch-sozialen Fraktion (Fraktion Maginot) an-  
gehörnde Abgeordnete Paul Reynaud, der auf Grund der  
Veröffentlichungen der „Nationalliberalen Correspondenz“ über  
deutsch-französische Allianzverhandlungen von der linksstehenden  
Presse sehr scharf angegriffen und ausgefordert worden ist, sich zu  
äußern, übermittelt aus Mexiko, wo er sich gegenwärtig auf-  
hält, unter heutigem Datum folgende durch Havas verbreitete  
Erklärung:

„Im Verlaufe einer Studienreise nach Berlin habe ich Be-  
sprechungen mit den Vertretern der verschiedenen politischen  
Parteien wie Stresemann, Breitscheid und Abgeordneten  
des Zentrums gehabt. Herr Reichberg schlug mir vor, durch  
Vermittlung des Generals v. Lippe auch mit Persönlichkeiten der  
Rechten zusammenzukommen. Ich nahm den Vorschlag an, mah  
ihm aber so wenig Bedeutung bei, daß ich weder zur Presse  
noch zu meinen Amtskollegen davon gesprochen habe.“

## 2. Zone am 1. Dezember frei.

### Amtliche Mitteilung des französischen Oberkommandos.

Amtlich wird gemeldet: „Das französische Ober-  
kommando in Mainz hat mitgeteilt, daß Ehrenbreitstein  
spätestens am 30. November geräumt sein werde. Damit ist am  
1. Dezember die zweite Zone von der Befahrung frei.  
Das Ordnungsamt hat damit für diese Zone seine Stellung ver-  
loren und die deutsche Souveränität ist wieder hergestellt.“

#### Der Abzug der Belgier.

Brüssel, 24. September.

Nach einer Meldung der „Agence Belge“ über die für die  
belgischen Truppen festgesetzten Räumungsdaten werden die  
zweite Zone verlassen das 8. Artillerieregiment zwischen dem 21. und  
30. Oktober, das 1. Regiment Lanciers etwa am 5. November, das  
15. Artillerieregiment zwischen dem 7. und 12. November, das  
7. Linienregiment zwischen dem 15. und 25. November, das 4. Ma-  
schinengewehrregiment und die 4. Infanteriebatterie zwischen dem  
15. und 25. November, das Transportkorps etwa am 12. Oktober.  
Die belgische Ehrenwache des Oberkommandos wird am 5. November  
in Lachen zusammengezogen.

#### Noch keine Räumung von Oberstein und Idar.

Oberstein, 24. September.

Zu den Meldungen, wonach die französische Befahrung die  
Städte Oberstein und Idar im Oktober verlassen werde, wird  
mitgeteilt, daß hierüber noch keiner amtlichen deutschen Stelle in  
Oberstein etwas bekannt ist. Die Mitteilungen über Verhandlungen  
in der Angelegenheit sind falsch.

## Der 17. November.

### Die kommenden Stadtverordnetenwahlen. — Ein Schicksalstag für Berlin.

Von Hugo Heilmann.

Vor jeder Wahl versuchen die einzelnen Parteien, die  
Wählerschaft mit dem Hinweis darauf aufzurütteln, daß bei  
der kommenden Wahl besonders wichtige Fragen zur Ent-  
scheidung stehen, die nur durch sie befriedigend gelöst werden  
können. Es wäre tief bedauerlich, wenn infolge der öfteren  
Wiederholung solchen Aufrufs die preußische, insbesondere  
die Berliner Wählerschaft nicht von Beginn an voll  
realisierte, daß den Gemeindevahlen am 17. November in der  
Tat eine Bedeutung zukommt, die weit über das ge-  
wöhnliche Maß hinausgeht. Nicht nur, weil ganz allgemein  
die Gemeinden mehr als Väter und Reich in der Lage sind,  
Leben und Wirken ihrer Einwohnerschaft unmittelbar zu  
beeinflussen, sondern auch, weil Berlin durch die gegenwärtige  
politisch-finanzielle Lage im Reich ganz besonders berührt  
wird.

Berlin mit seinen 4,3 Millionen Einwohnern, seinem  
Etat von 1,1 Milliarden Reichsmark, seinem Umfang von  
88 381 Hektar ist ein Gemeinwesen, das an Macht und Ein-  
fluß sowie an Größe der zu erfüllenden Aufgaben die meisten  
Länder Deutschlands erheblich überragt. Berlin ist aber nicht  
nur das größte Gemeinwesen, sondern zugleich die größte  
proletarische Siedlung Deutschlands. Nur rund  
380 000 Personen, also weniger als ein Zehntel der Gesamt-  
bevölkerung, leben nicht im Erwerbseben, sondern beziehen  
den Lebensunterhalt aus Zinsen, Pensionen und Renten, und  
zwar insbesondere aus Invalidenrenten. Diese Verhältnisse  
legen Berlins Verwaltung besonders wichtige und schwierig  
durchzuführende Aufgaben auf.

Was Berlin gemahnen ist, verdankt es in erster Reihe der  
Initiative und Tätigkeit der Sozialdemokratie. Diese  
Behauptung ist nicht übertrieben oder ruhmredig. Sie kann  
aus den Akten der Stadt in jedem Fall bewiesen werden. Vor  
dem Krieg hatte die Partei in mühevoller, niemals rastender  
Arbeit den Boden bereitet, auf dem dann nach der Revolution  
aus zahlreichen Gebieten die Ernte eingebracht werden konnte.  
Die Erfolge wären noch größer geworden, wenn nicht die  
Tätigkeit der Sozialdemokratie unter der Zerklüftung der  
Berliner Wählerschaft und den traurigen Finanzverhältnissen  
der Nachkriegszeit auf das stärkste gelitten hätte. Erweichend  
kam und kommt hinzu, daß im Reichs- wie im preußischen  
Parlament alle Parteien mit Ausnahme der Sozial-  
demokratie gegen die Städte und vor allem gegen Berlin  
eingestellt sind. Zum Beweis braucht nur auf die Behandlung  
hingewiesen zu werden, die Berlin bei der Verteilung der von  
ihm aufgetragenen Einkommens- und Hauszinssteuern, um  
nur diese beiden zu nennen, gefunden hat.

Man braucht nun kein Prophet zu sein, um voraus-  
zusehen, daß trotz der erfreulichen Erleichterungen des Young-  
Plans die Finanzlage im Reich wie in Preußen eine äußerst  
schwierige bleiben wird. Um sich selber Luft zu schaffen,  
werden die bürgerlichen Parteien den sehr energischen Vor-  
stoß machen, den geltenden provisorischen Finanzausgleich zu  
Lasten der Gemeinden insbesondere Berlins zu ändern.

Bei dieser Sachlage, die alles künftige Geschehen in Berlin  
maßgebend beeinflussen wird, sollten die Berliner Wähler  
doppelt und dreifach darauf bedacht sein, am 17. November  
eine ausschlaggebende sozialdemokratische  
Fraktion in das Rathaus zu entsenden. Nur eine solche  
gibt die Gewähr, daß auch bei einer Vertknappung der zur  
Verfügung stehenden Mittel die Interessen der gerade in  
Berlin so großen schutzbedürftigen Bevölkerungsschichten nicht  
zurückgedrängt oder gar preisgegeben werden.

Wie auf dem Wohlfahrtsgebiet unter schärfstem Druck  
der verhältnismäßig kleinen sozialdemokratischen Fraktion  
bisher schon gearbeitet worden ist, dafür bringt der laufende  
Etat einen vollgültigen Beweis. Es ist gelungen, diesen Etat,  
der im Ordentlichen Haushalt mit 976 Millionen in Einnahme  
und Ausgabe abschließt, wiederum ohne jede Erhöhung von  
Tarifen und Steuern zu balancieren. Von dieser Riesen-  
summe entfällt auf die Wohlfahrtsausgaben genau ein Drittel  
(324 Millionen). Rechnet man zu diesen 324 Millionen noch  
die Ausgaben für die Schulen mit 168 Millionen Mark hinzu,  
so ergibt sich, daß in 1929 etwas mehr als die Hälfte der  
Gesamtausgaben für soziale und kulturelle Zwecke  
verwendet wird!

Einen solchen Etat haben Deutschnationalen und Kommu-  
nisten in trautem Verein abgelehnt. Diese Flügelparteien  
rechts und links von uns bilden mit ihren 47 und 43 Mit-  
gliedern die zweit- und drittstärkste Fraktion in der Versamm-  
lung, die 225 Stadtverordnete umfaßt, und stehen bei fast  
allen wichtigeren Vortagen mit ihren 90 Stimmen in ge-  
schlossener Phalanx unseren 73 Stimmen gegenüber. Die  
Berliner Wähler, die zum überwiegenden Teil proletari-  
schen Schichten entstammen und proletarische Klasseninter-  
essen haben sollten, werden am 17. November dieses Stimmen-  
verhältnis von Grund auf umgestalten müssen. Es wäre  
ein geradezu beschämender Zustand, wenn in einer Stadt der  
Arbeit und der Arbeiter, wie es unser Berlin ist, Deutsch-



# Ein Stück Mittelalter.

## Es gibt immer noch Verteidiger der Duelle und Schlägermensuren.

nationale, diese Todfeinde eines jeden Aufstiegs der Arbeiterklasse, wiederum in größerer Zahl in das Stadtparlament einzeln und sich als Bremsklotz für jeden sozialen Fortschritt betätigen könnten. Die Berliner Wähler dürfen nicht vergessen, daß sie die unumschränkten Freiheiten, die sie als Wähler genießen und die sie zum Schicksal ihres eigenen Geschicks machen, allein der Sozialdemokratie, der Partei des Fortschritts und der Entwicklung, verdanken. Im strikten Gegensatz dazu ist die deutschnationale Volkspartei bestrebt, überall das Rad der Entwicklung rückwärts zu drehen. Auf ihrem vorjährigen Parteitag bezeichnete ihr erster Vorsitzender in seinem Schlusswort als das Parteiziel: „Die Befreiung Deutschlands von seiner weisensfremden Staatsform. Unsere Partei bleibt, was sie war. Monarchisch und völkisch, christlich und sozial!“

Das Vorhandensein einer so großen, für die Verwaltung einer Arbeiterstadt wahrlich „weisensfremden“ monarchischen Fraktion würde sich weniger verhängnisvoll auswirken, wenn nicht am anderen Flügel die Kommunisten mit ihren 43 Stimmen lägen. Mehr noch als bei den deutschnationalen ist bei den Kommunisten die einzige Richtschnur, der sie alle folgen, der Haß gegen uns. Die Mehrzahl ihrer Wortführer bestreiten ihre Reben aus Angriffen gegen die Sozialdemokratie und verfallen dabei in einen Ton, der niedriger nicht mehr werden kann und parlamentarische Verhandeln mit ihnen nahezu unmöglich macht. Das Gegenteil von dem, was Lenin in seiner letzten großen Rede gefordert hat, ist bei den Kommunisten in Uebung. „Unser gefährlichster Feind ist der kommunistische Redner, der an verantwortungsvoller Verwaltungsstelle sitzt. Von diesem Feinde müssen wir uns befreien. . . Unsere Kaitatoren verstehen, Alles niedertzureißen, sind aber unfähig, Neues an seine Stelle zu setzen. . .“ Man lese diese Rede Lenins im Wortlaut, man denke an all die verschiedenen, zunächst verheimlichten, dann verächtlich beiseitegeschobenen „Führergarnituren“, und man wird verstehen, weshalb die parlamentarische Arbeit der Kommunisten sich in der Hauptsache darauf beschränkt, wohlwollene sozialdemokratische Anträge in demagogischer Weise zu übertrumpfen, obwohl die Antragsteller selbst wissen, daß ihre Anträge nicht durchzuführen sind. Zum Etat erhoben sie Forderungen, deren Verwirklichung einen Aufwand von 334 Millionen Mark verursacht hätte. Aufgefordert, Deckungsvorschläge zu machen, schlugen sie Steuerquellen vor, die nach der für die Gemeindefinanz bindenden preussischen Besekgebung nicht erschlossen werden konnten, und die lägen gesetzliche Schranken nicht nur einen kleinen Bruchteil des benötigten Betrages erbracht hätten.

Es bedarf keiner weiteren Darlegung, daß mit deutschnationalen und mit Kommunisten, so traurig es ist, letzteres auszusprechen zu müssen, die Verwaltung Berlins nicht geführt werden kann. Nach dem demokratischen Prinzip, das erklährt zu haben die Sozialdemokratie ist, ist. Inaugen sber die 73 Mandate, die die Berliner Wähler bei der letzten Wahl uns gegeben haben, nicht hin und nicht her. Die sozialdemokratische Fraktion war daher gezwungen, wollte sie nicht den Todfeinden der Demokratie das Feld räumen, sich bei den meisten wichtigsten Maßnahmen zur Mehrheitsbildung an die Mittelparteien zu wenden. Daß derartige in höchstem Maße unerwünscht ist, weil es natürlich ohne Konzessionen hinüber und herüber nicht abgeht, ist klar. Die sozialdemokratische Fraktion, die in solcher Mehrheitsbildung die größte Gruppe stellt, hat indessen keine Konzessionen gemacht, gegen die erhebliche Einwendungen erhoben werden könnten. „Reitwella ging es bei den verschiedenen Verhandlungen so hart auf hart, daß unsere Gegner rechts und links schon Morgenluft witterten.“

Die bisherigen Darlegungen werden gezeigt haben, unter wie schmerzigen Mehrheits- und Finanzverhältnissen die Stadtverordnetenfraktion seit der letzten Wahl zu arbeiten geacht hat. Sie kann trotzdem vor die Berliner Wähler treten und guten Gewissens auf die Ergebnisse und Erfolge ihrer Tätigkeit hinweisen. Wenn heute in Berlin in allen Fernostungsgebieten frisches Leben aufblüht, wenn mehr als die Hälfte aller Ausgaben den bedürftigsten Bevölkerungsschichten zugeführt wird, wenn eine Grund- und Bodenpolitik geschrieben wurde, die die Voraussetzungen für planvolle und zielbewusste Wohnungs- und Verkehrspolitik geschaffen hat, wenn heute das Merkvermögen der Stadt 1400 Millionen Mark betragt und nicht ein Groschen Privatkapital einzubringen ist, wenn die 4 1/2 Millionen Berliner mit Wasser, Gas, Elektrizität und Verkehrsmitteln in musterger Qualität versorgt werden, wenn Kunst, Bildung und Wissenschaft von Gemeinde wegen jetzt in ganz anderer Weise als früher gefördert wird, so sind, um nur einiges zu nennen, das Erfolge, die sich sehen lassen können und die ohne Sozialdemokratie niemals erreicht worden wären. Selbstverständnis bleibt noch vieles zu wünschen übrig, das bei besserer Finanzlage und anderen Mehrheitsverhältnissen hätte erreicht werden können, und das in Zukunft erreicht werden muß. Mögen daher alle, die Zufriedenen wie insbesondere auch die Unzufriedenen, zu ihrem Teil und durch eigene Arbeit mit daran schaffen, daß die Massen der Bevölkerung nach ihren Klasseninteressen, d. h. sozialdemokratisch wählen, und so die neue Fraktion unabhängig von allen Beziehungen zu bürgerlichen Parteien stellen. Dann wird aus dem Wenigen bald ein Mehr werden.

Die deutschen Wähler haben nach den Bestimmungen der Weimarer Verfassung die Regierungen und Gemeindevortretungen, die sie haben wollen. Tut jeder in der Zeit bis zum Wahltag seine Schulpflicht, so wird es gelingen, das Ziel zu erreichen, das jeder Berliner sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion unverrückbar gesetzt ist: Nicht nur Erfolge im einzelnen zu erzielen, sondern unser großes Gemeinwesen so auszubauen, daß es als Hort kulturellen Fortschritts auf allen Gebieten dassteht.

### Block der Mitte.

#### Wahlbündnis von Demokraten und Zentrum für die Kommunalwahlen.

Die Deutsche Demokratische Partei und das Zentrum haben für die Provinziallandtagswahlen ein Wahlbündnis geschlossen und die Aufstellung gemeinsamer Listen für die Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt a. d. O. beschlossen, wobei die Demokraten dem Zentrum die Wahrung seines bisherigen Bestandes an Mandaten zugestanden haben. Die gemeinsamen Listen beider Parteien werden unter der Flagge „Block der Mitte“ stehen.

Ueber die Ausdehnung dieses Wahlbündnisses auf die Kreis- tags- und Gemeindevahlen sind Besprechungen im Gange.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages nahm gestern nach den Ferien seine Arbeit wieder auf.

Berichterstatter Abgeordneter Hahnemann (Dnat.) stellte sich auf den Standpunkt des Entwurfs, der in § 270 mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten den Zweikampf mit Waffen bestraft, durch den ein Ehrenhandel ausgeht, werden soll, oder wenn er unter Bedingungen stattfindet, mit denen Lebensgefahr oder die Gefahr eines erheblichen Schadens für die Gesundheit regelmäßig verbunden ist. Der Berichterstatter führte aus, daß die Schlägermensur einen Ehrenhandel nicht darstelle, auch nicht lebensgefährlich sei und deshalb wie der Bortamp als Sportübung betrachtet werden sollte und straflos sein müßte.

Abgeordneter Wegmann (Z.) trat diesen Ausführungen entgegen, er betonte, daß die Schlägermensuren als Bestimmungsmensuren ausgesprochen würden und trotz ihrer jeglichen Strafbarkeit von den Gerichten nicht verfolgt würden. Es sei ungerecht, mit zweierlei Maß zu messen und eine bestimmte Kategorie von Menschen, die solche Mensuren betreiben, straflos lasse, obgleich es strafbar sei. Das Duell sollte überhaupt verschwinden.

Abgeordneter Dr. Alexander (Komm.) wandte sich gegen das Privileg gewisser Kreise, straflos duellieren zu können. Mensuren und Duelle müßten bestraft werden wie gewöhnliche Tätungen und Körperverletzungen.

#### Abg. Landsberg (Soz.)

begründete einen sozialdemokratischen Antrag, der schlechtweg jeden Zweikampf mit Waffen mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft wissen will. Die Bestimmungsmensuren müßten strafbar sein, denn sie seien die Voraussetzung für das Fortbestehen der Duelle. Die Freigabe der Bestimmungsmensuren müßte abgelehnt werden, da es sich bei ihnen nicht um sportliche Veranstaltungen handele. Denn beim Sport sei niemals das Bestreben, dem Teilnehmer am Spiel Verletzungen beizubringen. Auch die Bortämpfe seien keine erfreuliche Erscheinung. Solange sie beständen, müsse man davon absehen, mit Verachtung auf die Stierkämpfe in Spanien herunterzuschauen. Die Fechtkunst sei eine schöne Kunst, aber man könne sie auch mit stumpfen Waffen und bei völliger Schutz des Gegners vor Verletzungen betreiben. Den Zweikampf werde man nicht ausrotten, wenn man die Bestimmungsmensuren straflos lasse. Der Staat gebe sich selbst auf, wenn er eine Auffassung sich ausbreiten lasse, die dahingehe, daß es eine Schande sei, sich bei Beleidigungen an den Richter zu wenden. Nach dem Ehrenkodex des studentischen Waffenringes müsse jede Herausforderung angenommen werden. Das sei unerträglich. Die Strafverfolgungsbehörden sollten die heutige Nachsicht gegenüber den Mensuren aufgeben.

In einem demokratischen Staatswesen könne nicht eine Klasse geduldet werden, die ihre Ehrerbegriffe durchsetzen wolle ohne Rücksicht auf die Gebote der Sitlichkeit und die Bestimmungen des Gesetzes.

Nach sozialdemokratischer Auffassung müsse bei einem Zweikampf auf Gefängnis erkannt werden. Die Ehrenstrafe der Einschließung sollte ausgeschlossen sein. Auch sollte in das Gesetz geschrieben werden, daß bei Bestrafung wegen Zweikampf auf Verzicht der Amtsfähigkeit erkannt werden müsse. Gerade diese Strafe sei ein besonders geeignetes Mittel zur Ausrottung der Duelle.

Ministerialdirektor Schäfer wies darauf hin, daß im letzten Jahre nur 71 Bestimmungsmensuren strafrechtlich verfolgt worden seien, während zweifelslos tausende solcher Mensuren vorgekommen seien. Er gehe nicht so weit, schon jede Bestimmungsmensur zu bestrafen, die allerdings der Rückboden für die herrschenden Anschauungen vom Duell sei.

Abgeordneter Deulbecker (D. Sp.) vertritt die Auffassung des

Regierungsentwurfs. Die studentischen Schlägermensuren seien keine Duelle, sondern eine sportliche Übung, die man bestehen lassen solle.

Abgeordneter Hergt (Dnat.) hob hervor, daß niemand die Straflosigkeit des Duells wolle, aber die studentischen Mensuren müßten straflos sein. Die deutschnationalen seien der Meinung, daß es Fälle schwerster Ehrverletzung gebe, bei welchen man die Verletzten nicht deshalb verurteilen könne, weil sie sich auf den Standpunkt stellen, daß der Rechtschuß nicht ausreicht. Bei Beleidigungen reiche dieser Schutz doch wahrlich nicht aus. Der Beleidigte nehme heute oft Anstoß daran, vor den Strafrichter zu gehen, weil er Gefahr laufe, dabei vor der Öffentlichkeit demütigert zu werden.

Abgeordneter Bell (Z.) wies auf den unerträglichen Zustand hin, daß trotz bestehender Strafvorschriften in den meisten Fällen gegen studentische Mensuren nicht eingeschritten werde. Die Rechtsprechung stehe in Widerspruch zum Gesetz.

Ministerialdirektor Schäfer teilte mit, daß im letzten Jahre 66 Verurteilungen erfolgt seien wegen Mensuren, davon mehr als die Hälfte, 35, allein in Lippe-Deimold (Heiterkeit), in Preußen nur 18, in Sachsen 9, in Mecklenburg-Strelitz 4, in Braunschweig 2, in Bayern, Baden, Anhalt und Bremen je 1 und in den anderen Ländern überhaupt keine.

#### Abg. Dittmann (Soz.)

hob hervor, daß anscheinend das Gesetz überhaupt nur in Lippe-Deimold angewendet werde, denn man werde doch nicht annehmen, daß sich die Kaufbolde sämtlich dort konzentriert hätten. Bedauerlich sei, daß die heutige Duelldebatte nicht auf alle deutschen Sender übertragen würde. Würde das geschehen, dann würde das deutsche Volk mit Staunen erfahren,

daß es immer noch Vorkämpfer gebe, die ein Stück Mittelalter, alle Kastenprivilegien, aufrechterhalten wollen, wie das die Abgeordneten von der deutschnationalen und Deutschen Volkspartei getan hätten.

Wenn Abgeordneter Hergt gesagt habe, daß auch Sozialdemokraten sich gegen eine Bestrafung der Bestimmungsmensuren ausgesprochen hätten, so seien das recht sonderbare Sozialdemokraten, an deren Existenz man nicht glauben könne. In der Arbeiterklasse werde man kein Verständnis haben für die besondere Behandlung des Duells. Zwischen einer Kirchweihrauferei und einem Duell sei überhaupt kein Unterschied, höchstens sei die Rauferei der mildere Fall, weil die Leidenschaft eine Rolle spiele, während beim Duell mit Ueberlegung Maßnahmen getroffen würden, die den Kampf in bestimmte Regeln zwingen. Gegen solche Rohheit, wie sie sich bei den Duellen zeige, seien keine Strafbestimmungen streng genug. Das neue Strafgesetz komme von vornherein in Mißkredit, wenn es alte Kastenprivilegien aufrechterhalte.

Abg. Landsberg (Soz.) bemerkte gegenüber dem Abgeordneten Hergt, daß von einer Stählung des Rutes durch die Mensuren keine Rede sein könne. Entweder man bringe den Rut mit auf die Welt, oder man habe keinen; habe man aber keinen, dann könne er auch nicht durch Duelle geföhlt werden. Gerade die Ausführungen des Abgeordneten Hergt zeigten die tiefenmögliche Auffassung seiner Klasse. Solche Auffassung sei heute nicht mehr erträglich. Schließlich hätten unsere Soldaten im Kriege bewiesen, daß man Rut haben könne, auch ohne Bestimmungsmensuren geschlagen zu haben.

Abgeordneter Jörissen (Nicht-Partei) sprach sich für die Strafbarkeit der Bestimmungsmensuren aus, dagegen der Abgeordnete Ehrlermann von der Demokratischen Partei für die Straflosigkeit. Der demokratische Vertreter vertrat den für seine Fraktion besonders aufälligen Standpunkt, daß die Bestimmungsmensuren keine Zweikämpfe darstellten und deshalb nicht bestraft werden dürften.

Fortsetzung der Beratung morgen.

### Volksbegehren mit Zollernprinzen.

#### Hugenberg, Versammlung im Sportpalast. — Nieder mit der Judenrepublik und Strefemann!

Auf der Erde liegen massenhaft verschmutzte, zertrampelte Zeitel, die für Hugenberg „Tag“, für Hugenberg „Nacht Ausgabe“, für Hugenberg „Lokal-Anzeiger“, für Hugenberg „Woche“ und für den großen Politiker Alfred Hugenberg selbst werden.

Erste große Kundgebung im Sportpalast für das Volksbegehren! Hitler-Kolonnen und Stahlhelm-Jugend rücken ein mit einem Liede, in dem am Schluß die Judenrepublik vernichtet werden soll. Die Judenrepublik, deren höchster Bevollmächtigter der frühere Generalfeldmarschall Herr von Hindenburg ist — Militärmärsche ertönen. Der Versammlungsleiter hält die Begrüßungsansprache: „Ganz besonders begrüße ich Ihre königlichen Hoheiten, die anwesenden Mitglieder des Hohenzollernhauses.“ Ja, sie sind da, sie wollen auch Volksbegehren spielen, ausnahmsweise rechnen sie sich diesmal mit zum Volk.

Dann begrüßt der Versammlungsleiter Herrn Hugenberg, der nicht auf die Reider geachtet habe, die vor Bedenken nicht das Bann vom Aber unterscheiden können. (Zuruf: Raubraun!)

Herr Seldte vom Stahlhelm nimmt das Wort: „Frontsoldaten,“ schmettert er. Unseren, selbst wirklicher Frontsoldat, der Knochen und Gesundheit zu Markte trug, schaut sich um. Diese Stahlhelmer sind zu etwa 50 Prozent um die 20 herum, die damals, 14 bis 18, noch in die Schule gingen. Jungens, Jungens, wenn ihr einmal, was wir Sozialdemokraten verhindern werden, durch eure Selbste, eure Dülterbergs und euren neuesten Freund Hugenberg Frontsoldaten würdet und mit blutendem Leib im Graben läget, ihr würdet eure Führer verfluchen!

Nachdem Seldte eine Weile von einem vierköpfigen Kolb gesprochen hatte, wie eine Zeitung den Reichsausschuß genannt hatte, sagte er, daß dieses Kolb ein gesundes Kolb sei und aus ihm einmal ein kräftiges Kindvieh werden würde. Natürlich sagt er beschönigend: Stier. Im übrigen bekannte er sich offen zur Diktatur. Er begrüße die österreichischen Heimwehren, die aufgestanden wären, und er sagte, daß der Stahlhelm, wenn er einmal mit Frankreich verhandle, andere Töne anschlagen werde als diese Kleistertöpfe. Meint er mit den Kleistertöpfen etwa Herrn Klönne? Der deutsche Frontsoldat Seldte versteigt sich zu dem Satz, daß der Erbfeind innerhalb der deutschen Grenzen und nicht außerhalb wohne. Wer dieser Erbfeind ist, das ist klar: die Republikaner.

Dann nimmt der große Mann der Zukunft, Geheimrat Hugenberg, das Wort: „Eine Politik, durch die Verträge wie der Youngsche Verklarungsvertrag abgeschlossen würden, sei eines anständigen Volkes unwürdig.“ Aber Herr Hugenberg, Ihre Parteigenossen, die im August 1924 für den Dames-Vertrag, den Sie vorher gleichfalls Verklarungsvertrag nannten, gestimmt haben, sind dann ja auch unanständige Menschen gewesen. „Diese Methode ist verbunden mit dem Namen Breitscheid und Strefemann.“ Zurufe: „Juden! Nieder mit Strefemann!“ Hugenberg ruft dann laut nach der Dames-Krise. Er will den Bankrott mit allem Drum und Dran, mit aller Inflation, mit aller Verelendung.

Eine Kundgebung gegen den Young-Plan? Keine! Vor allem eine haherfüllte Kundgebung gegen die Republik und die Republikaner!

### Volkspartei und Volksbegehren.

#### Ablehnung und Entrüstung in Sachsen.

Kannberg, 24. September.

Die Deutsche Volkspartei des Wahlkreises Chemnitz-Zwickau-Blauen hielt am 21. und 22. September in Kannberg ihren diesjährigen Parteitag ab. Nachdem Hauptgeschäftsführer Kockelorn-Berlin über die Haager Konferenz und Reichstagsabgeordneter Fintelich über Außenpolitik gesprochen hatten, wurde eine Entscheidung zum Volksbegehren angenommen, in der es heißt:

„Die Deutsche Volkspartei im Wahlkreise Chemnitz-Zwickau-Blauen lehnt eine Volksabstimmung über Kriegsschuldfrage und Young-Plan ab. Seit der erzwungenen Unterschrift von Versailles gab es auch für die deutschnationalen, wenn sie verantwortlisch mitregierten, keine andere Befreiungspolitik als in friedlicher Verhandlung, wirtschaftliches Ansehen und Freiheit zurückzugewinnen. Die Treiber zum Volksbegehren wissen selbst, daß im Volksentscheid keine Mehrheit zu erreichen ist. Minderheit bedeutet aber das Einverständnis des deutschen Volkes mit der Kriegsschuldfrage und den uns ausgezwungenen Lasten. Das Volksbegehren zerfehrt die bürgerliche Front. Freude daran haben lediglich die Linksparteien. Seit den Tagen von Versailles haben alle Regierungen die Kriegsschuldfrage bekämpft, an ihrer Spitze der Reichspräsident. Eine Abstimmung des deutschen Volkes ändert nichts an den bestehenden Verhältnissen. Eine Ablehnung des Young-Planes aber zögert die Befreiung der Rheinlande noch weiter hinaus. Mit Entrüstung weist die Deutsche Volkspartei Bestimmungen zurück, nach denen unserem Hindenburg der Prozeß wegen Landesverrats gemacht werden könnte.“

Die Deutsche Volkspartei regiert in Sachsen gemeinsam mit den deutschnationalen und hält sich in der Regierung nur durch die Gnade des Herrn Manfred von Killinger, der mit seiner nationalsozialistischen Fraktion den Ausschlag gibt. Killinger hat schon mehrfach erklärt: „wenn die Regierung nicht pariert, dann tracht“, und hat bereits angekündigt, daß er ihr die Frage stellen werde: wie hältst du's mit dem Volksbegehren?

Für die Nationalsozialisten ist die Volkspartei die Partei des zuchthauswürdigen Landesverrats, was nicht hindert, daß die Volkspartei in Sachsen mit ihnen koalitiert ist, und sie mit ihr.

Direktionswechsel beim WTB. Der langjährige Direktor des WTB, Dr. Heinrich Maniler, scheidet am 1. Oktober aus. Sein bisheriger Mitdirektor Dr. Diez bleibt als politischer Leiter des Unternehmens, neu tritt Herr A. Rawitzki als kaufmännischer Direktor ein und Chefredakteur Dr. Stern-Rubardt wird stellvertretender Direktor.



# Der Raiffeisen-Scandal.

Der Direktor der Preußentasse durch Dietrich-Prenzlau geläuscht.

Die Vernehmung des früheren Präsidenten der Preußentasse, Semper, durch den Untersuchungsausschuss des Landtags gestaltete sich am Dienstag recht aufschlussreich. Obwohl naturgemäß Präsident Semper seine weitherzige Kreditpolitik gegenüber der Raiffeisenbank zu verteidigen bestrebt war, wußte er auf mehrere Fragen des Berichterstatters doch zuzugeben, daß ihm sein Vertrauen zu den Raiffeisengenossenschaften und namentlich zu deren ersten Vorsitzenden, dem deutschnationalen Reichstagsvizepräsidenten Dietrich, in manchen Dingen zu einer Vajtheit veranlaßt hat, die er aus seiner jetzigen Erkenntnis selber als Fehler bezeichnen muß.

Als typisch für den Geschäftsverkehr zwischen Preußentasse und Raiffeisenbank verlas Abg. Kuttner (Soz.) eine Reihe von Briefen, in denen die Preußentasse immer wieder die Raiffeisenbank um Einlösung ihrer Versprechungen, um die endliche Stellung ausbedingener Sicherheit anmahnt. Die Raiffeisenbank hat auf diese Mahnungen entweder gar nicht oder — nach monatelangem Drängen — in ganz ungenügender Weise reagiert. Anstatt nun aber energische Schritte zu unternehmen, hat die Preußentasse die Dinge feilschend zu den Akten geschrieben.

Immer wieder berief sich Präsident Semper auf das Vertrauen, das er zu dem starken Fundament der Raiffeisengenossenschaften gehabt habe. 40 Millionen Ueberbrückungskredit — das sei doch eigentlich gar nichts für eine Organisation, die ein Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe umfasse, die eine Million Genossenschaftler zähle, die Schuld betrage gerade 40 M. auf den Kopf.

Erstaunte Frage des Berichterstatters: „Wenn es solche Bagatelle war, warum hat die Raiffeisenbank die 40 Millionen nicht aufgebracht und damit sich mit einem Schlag aus ihren ganzen Verbindlichkeiten gelöst?“

Antwort Sempers: „Ja, bei der jetzigen Notlage der Landwirtschaft kann der einzelne Landwirt auch keine 40 M. aufbringen.“

Jetziger Präsident der Preußentasse, Klepper: „Wie wenig die 40 Millionen von der Raiffeisenbank aufgebracht werden konnten, erhellt schon daraus, daß bei der Abschreibung des Aktienkapitals von insgesamt nur 18 Millionen über die Hälfte der angeschlossenen Genossenschaften bankrott gegangen wären, wenn wir ihnen nicht eine besondere Stützung hätten angebehalten lassen.“

Auf eine Frage des Vorsitzenden Dr. Deereberg erklärt Präsident Semper, daß er bezüglich der Raiffeisenbankdirektoren Dietrich-Prenzlau und Seemann-Eggeberg nichts wahrgenommen habe, was auf geschäftliche Unlauterkeit dieser Herren schließen lasse. — eine gleiche Frage bezüglich der übrigen Raiffeisenbankdirektoren bittet Herr Semper unter allgemeiner Bewegung unbeantwortet lassen zu dürfen!

Woh! darauf stellt sich jedoch heraus, daß in einer entscheidenden Angelegenheit Herr Semper von Dietrich glatt hineingelegt worden ist. Als an der Börse die Verlustgeschäfte der Raiffeisenbank mit Privaten ruckbar wurden, ließ Präsident Semper den Vorsitzenden Dietrich zu sich kommen und bat ihn um Auskunft. Bei dieser Besprechung, am 2. März 1925, erklärte Dietrich, daß es sich um Verluste von höchstens fünf Millionen handele (tatsächlich schon damals 40 bis 50 Millionen!), die Hauptverlustgeschäfte mit Uralzinn usw. verschwiegen Dietrich.

Frage des Berichterstatters an Semper: „Wie kommt es, daß nach dieser Unterredung zwar sofort ein Kredit von 24 Millionen gegeben wurde, daß aber eine Revision der Raiffeisenbank durch die Preußentasse erst ein halbes Jahr später einsetzte?“

Präsident Semper: „Rückschauend muß ich auch sagen, daß dies ein Fehler war. Der Referent Bönsch war krank und befand sich in Urlaub, deshalb wurde die Sache bis nach seiner Rückkehr vertagt.“

Berichterstatter: „Hätten nicht Dietrichs Mittelungen auf Sie alarmierend gewirkt?“

Präsident Semper: „Dietrich sprach nur immer von geringen Verlusten.“

Berichterstatter: „Hätten Sie anders gehandelt, wenn Dietrich Ihnen damals über den Umfang der Verluste reinen Wein eingeschänkt hätte?“

Semper: „Ganz bestimmt.“

Berichterstatter: „Witbin ist die Bässigkeit Ihrer Mahnahmen darauf zurückzuführen, daß Sie von Dietrich durch Verschweigung wesentlicher Tatsachen hintergangen worden sind?“

Semper: „Objektiv betrachtet, bin ich von ihm geläuscht worden, indem er mir die wichtigsten Tatsachen verschwiegen.“

Der ehemalige Reichstagsvizepräsident Dietrich wird als eine Art Herrenmensch geschilbert, der in der Raiffeisenbank diktatorisch schaltete. Offenbar ist Herr Semper den Einflüssen dieses „Herrenmenschen“ unterlegen. Ob Herr Dietrich-Prenzlau persönlich so maßlos daherkommt, wie Herr Semper meint, wird auch noch nachzuprüfen sein. Die attemmäßigen Unterlagen über das verlustreiche Abwicklungskonto ergeben nämlich, daß Herr Dietrich während seiner Direktorialzeit bei seiner eigenen Bank selber als Kreditnehmer in nicht unbeträchtlicher Höhe aufgetreten ist. Mit 74000 M. war sein Konto zur Zeit der ersten Revision im Oktober 1925 belastet, und dieses Konto scheint später noch gestiegen zu sein.

## Das verbogene Hafentkreuz.

Ende der nationalsozialistischen Herrlichkeit in Koburg.

Koburg, 24. September. (Eigenbericht.)

Der Stadtrat hat den Etat für den Stadthausbau mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Bürgermeister, letztere unter Protest, verabschiedet, ohne das Defizit von etwa 960000 Mark zu decken. Die Kreisregierung wird nunmehr ihr staatsaufsichtliches Recht geltend machen und die Zwangsetatierung wahrnehmen. Die Einnahmen betragen 2958340 M., die Ausgaben 3431660 M., dazu kommt noch ein Fehlbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 228000 M. Der Theateretat, der 256000 M. vorsteht, wurde bekanntlich gestrichen. Die Feuer- und die Straßenreinigungsabgaben wurden gestrichen, die Umlage von 400 auf 300 Proz. ermäßigt, dafür die Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer beschlossen.

Eine geplagte Seifenblase! Die großmüßigen Hafentkreuzler verkündeten den Anbruch einer neuen Zeit, als es ihnen gelungen war, vor ein paar Monaten einen Wahlsieg in Koburg zu erringen. Das schloßmäßige Bürgertum war wieder,

# Die deutschnationalen Freier



„Gnädige Frau, es warten wieder eine Anzahl Erbfeinde draußen, um ihre Aufwartung zu machen!“

# Cecil's Warnung an den Völkerbund

Für wirkliche Abrüstung.

Genf, 24. September. (Eigenbericht.)

Der Bericht der Abrüstungskommission wurde am Dienstag von der Vollversammlung des Völkerbundes gebilligt. Der Bericht befaßt sich auf ein paar farblose Begleitworte zu der Entschlieung Politis, da ein französischer Vorstoß in erster Stunde an der Aufmerksamkeit Englands gescheitert war.

Außer dem Berichterstatter nahm zu dem Bericht nur Lord Cecil das Wort, der noch einmal seine warnende Stimme gegen ein Abrüstungsabkommen ohne Abrüstung erhob. Er wies auf die Fortschritte der Schiedsgerichtsbarkeit und der Kriegsvorbereitung hin, die diese Völkerbundsversammlung gebracht habe und versicherte, daß England alles tun werde, damit man nicht auf dem Platze krebe, sondern vorwärts gehe. Die Völker seien welter als die Regierungen. Cecil sprach dann von der englisch-amerikanischen Flottenvereinbarung, betonte aber, daß die Flottenabrüstung nur ein Teilproblem des Ganzen sei. Alle Rüstungen müßten in gleicher Weise abgebaut werden. Wiederholt wies Cecil auf die Bedeutung der Beschränkung des Kriegsmaterials hin, die noch wichtiger sei als die Verminderung der Zahl der Soldaten. Die Kriegsmaterialbeschränkung bilde das Rückgrat der Abrüstung, denn mit der Verminderung des Kriegsmaterials entsiehe man dem zukünftigen Krieg sein Hauptwerkzeug.

## Beschlüsse der Völkerbundsversammlung.

Genf, 24. September. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch mittag soll die 10. Vollversammlung des Völkerbundes ihr Ende finden.

In der Dienstagssitzung wurden nach einer Erklärung Lord Cecil's zum Abrüstungsbericht die noch vorliegenden Kommissionsbeschlüsse fast durchweg ohne Debatte verabschiedet. Die Entschlieung zur Opiumfrage fordert eine organisierte Ueberwachung des Schmuggels durch Postpakete und eine internationale Polizeikollaboration gegen den Schmuggel. Sie weist darauf hin, daß eine bessere nationale Kontrolle der Rauschgiftproduktion und des Rauschgifthandels notwendig sind und eine Vergrößerung der Ratgeber der Opiumkommission sowie die Einberufung einer Staatenkonferenz zur Einschränkung der Rauschgiftfabrikation durch den Völkerbundsrat erforderlich ist. Die Befehle des Rauschgiftgebrauches in einzelnen Ländern ergibt sich aus den Angaben der Vertreter Englands, nach denen

von 12 Millionen Ägyptern 1/2 Million dem Rauschgiftgenuß verfallen

ist. Es gebe sogar ägyptische Fellachen, die bis zu 60 Proz. ihres Einkommens zum Kauf von Rauschgift anwenden.

Angenommen wurde ferner ein Antrag, die deutschen Kriegsvorbereitungsvorschläge der Sicherheitskommission zur Ausarbeitung eines allgemeinen Abkommens zu überweisen. Der Völkerbundsrat soll für eine Vervollständigung des Entwurfes über finanzielle Hilfeleistung an angegriffene Staaten sorgen. Der französische Berichterstatter nannte diesen Entwurf „den ersten präzisen Ausdruck der Solidarität der Völkerbundmitglieder gegen einen Angriff“.

## Die Radiofrage

Ist dahin gelöst worden, daß die neue Schweizer Radiostation bei Genf neben ihrer Mittelwelle einen Kurzwellensender erhält, der in Krisenzeiten dem Völkerbund zur Verfügung gestellt wird. Die Kommission zur Ausarbeitung einer Kontrolle der Waffenfabrikation will ihre Arbeiten beenden, wenn die vorbereitende Abrüstungskommission entschieden hat, in welcher Weise eine Kontrolle des Kriegsmaterials im allgemeinen zu erfolgen hat. Eine Studienkommission hat die Angleichung des Völkerbundsvertrages an den Kellogg-Pakt ausgearbeitet und wird der nächsten Bundesversammlung ihre Ergebnisse unterbreiten. Die Konferenz für eine Kodifikation des Völkerrechts soll am 13. März 1930 im Haag zusammentreten. Die Frage schnellerer und umfangreicherer Ratifikationen der Völkerbundsabkommen ist durch eine Sondert Kommission bis zur nächsten Vollversammlung zu prüfen.

Die Entschlieung über den Artikel 19 des Völkerbundsstatutes wurde am Dienstag von der Rechtskommission der Versammlung in der Fassung der Unterkommission einstimmig angenommen. Die Mächte der Kleinen Entente und Polen gaben Erklärungen ab, in denen betont wird, daß die Entschlieung sich im Rahmen des Artikels 19 bewege und keine anderen Paragraphen des Statutes verletze. Japan ließ nochmals unwiderprochen feststellen, daß nichts in der Entschlieung enthalten sei, was nicht nur die ungleichen Verträge Chinas, sondern alle Verträge, die im Anwendungsbereich des Artikels 19 liegen, betrifft.

## Sparerränge in Oesterreich.

Der einzige Erfolg der Heimwehr-Putschdrohungen.

Wien, 24. September. (Eigenbericht.)

In ihrer Mittwochsausgabe stellt die „Arbeiterzeitung“ gegenüber den offiziellen Ableugnungen, daß sich die Beunruhigung der Bevölkerung infolge der Bürgerkriegsdrohungen der Heimwehr vor allem durch die Abhebung von Spareinlagen bei den Banken und Sparkassen auswirke, folgendes fest:

„Der schlechteste Tag war in dieser Beziehung der Freitag der vergangenen Woche. Am Sonnabend und Montag haben die Abhebungen zwar angehalten, waren aber schwächer. Auch am Dienstag war diese Bewegung wieder sehr stark. Es war in den Geldinstituten immer das gleiche Bild zu sehen, eine lange Reihe von Leuten, die vor dem Abhebungsschalter ihre Gelder kündigten oder abhoben, während der Einlagegeschalter leer war. Vor einigen Filialen standen die Leute sogar auf der Straße an. Dies macht sich bei allen Instituten, auch bei solchen, die sich des größten Vertrauens des Publikums erfreuen, bemerkbar. Die allgemeine Unspannung, die sich über den ganzen Geldmarkt verbreitet, zeigt sich auch bereits daran, daß man sich gegen neue Kreditvergrößerungen ängstlich verschließt. Während auf der einen Seite viel Geld abgehoben wird, werden dafür ausländische Valuten gekauft, vor allem Schweizer Franken. Es werden auch sehr viele österreichische Ersparnisse, die bei den Banken abgehoben wurden, in Schweizer Bankhäusern wieder eingezahlt.“

Die „Arbeiterzeitung“ erklärt schließlich, daß, wenn diese Bewegung andauern sollte, der österreichischen Wirtschaft schon für die nächsten Wochen schwere Gefahren drohen.

Ein Putschist löst den anderen ab. Als Nachfolger des verstorbenen deutschen Oberst Bauer ist der frühere bayerische Generalstabsoffizier Oberst Kriebel, einer der Hauptmänner des Hitler-Pudendorff-Putsches, vom chinesischen Staatspräsidenten Tschiang-kaischek zum militärischen Berater der Regierung ernannt worden.

wie so oft, auf einen Bluff hereingefallen. Diese Erkenntnis dämmerte schon bald. In allen Versammlungen haben die Hitler-Gardisten sich als „Retter“ angepriesen, die denksamen Wähler sind auf den Leim getreten und heute zappeln sie mit sämtlichen Beinen und können doch nicht loskommen. Ein verdienter Reinsfall!

Koburg wird nun Staatsaufsicht bekommen und die Nazis werden betäubt an dem Scherbenhaufen stehen, den sie den Koburgern beschert haben.

## In Mexiko wird gewählt.

Mit Werd und Totschlag.

New York, 24. September.

Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Mexiko haben im Staate Veracruz heftige Wahlunruhen und Krawalle stattgefunden. Im ganzen Staate Veracruz werden zurzeit die Wahlen zu den Stadiparlamenten vorgenommen, und bei den Unruhen sollen am Sonntag im ganzen Staate 130 Menschen getötet und mehrere hundert verletzt worden sein. Unter den getöteten Personen soll sich auch der Neffe des Präsidentschaftskandidaten Dr. Rubio befinden. Wie es scheint, haben sich die schwersten Unruhen in den Städten Orizaba und Cordoba abgepielt.

## Theater in der Behrenstraße.

Carpenter: ... Vater sein dagegen sehr“.

Ein famoser Einfall: In einem reichen Lebegreis erwacht plötzlich der Familienfink; von allen Ecken der Welt holt er seine unehelichen Kinder zusammen. Regie und Darsteller legen Tempo auf. Die Zuschauer unterhalten sich köstlich. Das Theater hat seinen Dauererfolg.

Dgr.



# Um die Arbeitslosenversicherung.

## Stellungnahme auf dem Verbandstag der Holzarbeiter.

Bremen, 24. September. (Eigenbericht.)

Den Berichten des Vorstandes und der Redaktion folgte eine ausgedehnte Aussprache, die auf einer außerordentlichen Höhe stand. Ein lebendiges Band verbindet die Mitglieder mit ihren Vertretern in der obersten Spitze. Deshalb auch nur geringe Kritik. Die überwiegende Mehrheit der Redner war bemüht, zu der Lösung der gestellten Probleme beizutragen. Einen breiten Raum nahm die Jugendfrage ein. Das gab dem Jugendbetreuer Timm Veranlassung, die Tätigkeit des Verbandes auf diesem Gebiet hervorzuheben. Die Arbeitslosenfrage war weiter ein benutzter Punkt der Aussprache. Hat doch der Holzarbeiterverband mit einer hohen Beschäftigungslosigkeit ständig zu rechnen.

In seinem Schlusswort ging Larnow auf die Ergebnisse der Aussprache ein. In der gewohnten temperamentvollen Weise antwortete er den wenigen Kritikern. Der Vorsitzende konnte seiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die Tätigkeit des Vorstandes weitgehend anerkannt worden sei. Der Wunsch, der Verband möge auf diesem und jenem Gebiete mehr tun, sei teilweise berechtigt. Vielseitiger ist der Vorstand in der Lage zu arbeiten, wenn die gewünschte Erweiterung des Hauptbüros stattfinden kann. Der Verbandstag erteilte auch zum Schluß dem Vorstand die Vollmacht, nötigenfalls zum Bau eines Hauses zu schreiben. Die Kommunisten fertigte Larnow mit ein paar Bemerkungen ab. Es sei die sichere Hoffnung vorhanden, daß das kleine Häuflein sogenannter Oppositioneller in Zukunft noch mehr zusammenschmelzen würde.

Grafmann führte zu dem Kampf um die Arbeitslosenversicherung aus:

Im Reichstag wird in den nächsten Tagen eine der größten Entscheidungen gefällt werden müssen. Eine Regierungsklasse mit allen ihren Folgen steht in Aussicht. Sie muß, wenn irgend möglich, vermieden werden. Das Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist eine der größten Errungenschaften der Nachkriegszeit. Es hat die Voraussetzung, 850 000 Arbeitslose zu unterstützen nicht nur erfüllt, sondern übertrafen. Das alles bei der bisherigen Beitragsleistung. Erst die Katastrophe des letzten Winters hat alle Berechnungen über den Hausen geworfen. Der Kampf um die Arbeitslosenunterstützung hat deshalb eine so große Schärfe erreicht, weil die Reichsfinanzen äußerst schlecht stehen. Dies hat verschiedene Ursachen und nicht zuletzt sind die Kriegs- und Reparationslasten daran schuld. In dem Kampf der politischen Parteien wird es aber so hingestellt, als habe die Arbeitslosenversicherung die Zerlegung der Reichsfinanzen verursacht. Es geht eine wüste Agitation vor sich. Die den Unternehmern nahestehende Presse treibt

ein gefährliches Spiel,

wenn sie das arbeitende Volk Deutschlands als faul und sittlich verlottert hinstellt. Die bekannte Broschüre des Professors Hornegger „Der Frevel am Volk“ stellt die Spitze dieses Verleumdungsbezuges dar.

Man huldigt der Ansicht: Abschaffung jeder sozialen Unterstützung für die Arbeitslosen und Wiederherstellung des Kriegszustandes, wo man den Arbeitslosen keinen Schaden überleht. Um das Gesetz zu discreditorieren, werden Vorkommnisse mindestens maßlos übertrieben. Die Reichstagsfraktion sowohl als auch die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß die Voraussetzungen, die Arbeitslosenunterstützung zu mißbrauchen, beseitigt werden müssen. Aber den reaktionären Parteien geht es um den Angriff gegen das Prinzip der Arbeitslosenversicherung überhaupt. Es hat sich auch als unrichtig herausgestellt, daß hinfort mit einer laufenden Arbeitslosenzahl von 1,1 Millionen gerechnet werden muß. Der Durchschnitt der Jahre 1924 und 1928 ergibt einen Arbeitslosenstand von 855 000. Wenn die Vorschläge der bürgerlichen Parteien zur Durchführung kommen, so wäre das

eine Katastrophe für die Gemeinden.

Dafür ein Beispiel: Die Verlängerung der Wartezeit auch nur um eine Woche würde der Stadt Breslau eine Belastung von 7 Millionen Mark im Jahre bringen.

Grafmann erläuterte dann ausführlich, was bisher durch Abänderung von 60 Paragraphen bei den Verhandlungen herausgekommen ist. Es ergibt sich eine ganze Reihe von nicht unwesentlichen Verschlechterungen des Gesetzes. Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften müssen einen großen Teil der in der Vorlage enthaltenen Verschlechterungen ablehnen. Darüber hinaus muß aber das Gesetz unter allen Umständen gehalten werden und dies selbst dann, wenn bei Nebenpflichten nachgegeben werden muß. Um das Gesetz zu retten, wird eine Beitragserhöhung nicht zu umgehen sein. Diese Kosten muß die Arbeiterschaft auf sich nehmen, um eine der wertvollsten sozialpolitischen Errungenschaften zu erhalten. Bei den parlamentarischen Kämpfen in den nächsten Jahren wird die erbärmliche Lüge der Kommunisten ins hellste Licht treten. Sie sind mitverantwortlich für die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung.

In der angenommenen Entschließung zur Arbeitslosenversicherung heißt es u. a.:

„Der Verbandstag erkennt in den Anschlägen gegen die Arbeitslosenversicherung nicht nur den Ausfluß sozialer Reaktion, sondern auch die zielbewusste Absicht,

die Widerstandskraft der Arbeiter zu schwächen,

um den Lohn drücken zu können. Angesichts der Rationalisierung, die dauernd die Zahl der Arbeitslosen vergrößert, zeigen die Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung von einem besonderen Grade von Brutalität. Der Verbandstag verurteilt sich nicht der Notwendigkeit, etwaige Mißstände abzustellen. Er erklärt sich auch damit einverstanden, daß durch eine Erhöhung der Beiträge das finanzielle Fundament der Versicherung verstärkt und gesichert wird. Um so entschiedener legt er Protest ein gegen die Bestrebungen, die einen allgemeinen Abbau der Unterstützungsleistungen zum Ziel haben. Der Verbandstag billigt

das Verhalten des ADGB und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.“

Schleicher referierte über die Lohn- und Vertragspolitik des Holzarbeiterverbandes. Der Verband habe seinen ganzen Einfluß eingesetzt, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder zu verbessern. Ueber die erreichten Erfolge könne sich jeder Verbandskollege ehrlich freuen. Vom Oktober 1927 bis zum Oktober 1929 sei der Lohn in der ersten Lohnklasse von 108 auf 127 Pfennig gesteigert worden und in der zweiten Lohnklasse erfolgte eine Steigerung von 90 auf 106 Pfennig. Durch diese Tätigkeit habe der Verband den

Reallohn teilweise auf die Höhe der Vorkriegszeit

gehoben. Dennoch ist noch unendlich viel zu tun. Dies beweise die Erhebung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. Von 720 000 Hauptunterstützungsempfängern haben 361 000 einen Wochenlohn von 18 bis 36 Mark oder pro Stunde von weniger als 75 Pfennig gehabt. 127 000 Arbeiter hätten einen Lohn von 36 bis 40 Mark und nur 152 000 Arbeiter verdienten über 48 Mark die Woche. Rechnet man die Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge hinzu, so müsse festgestellt werden, daß rund 1 Million Arbeitslose einen Stundenlohn unter 1 Mark haben. Es müsse beachtet werden, daß keine Ware im Preise so unterschiedlich sei wie der Lohn. Das Lohnniveau Europas zeigt, daß unsere Löhne diesen Ländern voraus sind. Der Redner verwies in diesem Zusammenhang auf Frankreich und Polen. Das staatliche Schlichtungswesen kann nur ein Hilfsmittel im Kampfe mit den Unternehmern sein. Der organisierte Streikbruch, der von Halenkreuzlern systematisch betrieben wird, wachse sich zu einer immer größeren Gefahr aus. Das Verlangen nach Erhöhung der Streikunterstützung bedeutet vom Standpunkt der zur Verfügung stehenden Mittel eine Einschränkung des Streiks überhaupt. Von 1925 bis 1928 haben sich die Streikkosten verdreifacht. Es sei unmöglich, für die Zukunft ein Programm aufzustellen bezüglich der Tätigkeit auf den Gebieten des Lohn- und Vertragswesens.

## Drohender Streik im Gastwirtsgewerbe

Die Unternehmer treiben zum Bruch.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten hat den Lohnarif zum 30. September gekündigt. Auf die eingereichten Forderungen einer Lohnerhöhung von 6 M. pro Woche und Neuregelung der Garantielöhne der Keller haben die Unternehmer geantwortet, daß sie die Forderungen in vollem Ausmaß ablehnen. Es bleibt nunmehr zunächst nichts anderes übrig, als die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß am Freitag dieser Woche abzuwarten.

Die gewerkschaftlichen Arbeitnehmer sind nicht gewillt, sich eine derartige Herausforderung der Unternehmer gefallen zu lassen. Es ist einfach unerträglich, die Keller, nur um ein Beispiel anzuführen, mit einem Monatslohn von 203 M. abzuspeisen. Wenn die Unternehmer sich nicht eines Besseren besinnen, ist der Ausbruch eines Streiks in der kommenden Woche zu erwarten. Die Arbeitnehmer werden in drei öffentlichen Versammlungen am Donnerstag im Hadschen Hof, Hadscher Markt, zur Lage Stellung nehmen.

## Ein scharfer Konflikt.

In den Charlottenburger Wasserwerken.

Die dienstfreien Arbeiter der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. nahmen gestern nachmittag in einer gutbesuchten Betriebsversammlung zu dem Lohnkonflikt Stellung, der, wie von uns gestern bereits eingehend dargelegt wurde, durch das Verhalten der Direktion bei den Verhandlungen über den Neuantritt des zum 30. September gekündigten Lohnarifes heraufbeschrieben worden ist.

Der Vertreter der Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gnadt, zeigte an verschiedenen Beispielen, wie die Arbeiter der Charlottenburger Wasserwerke durch die Tarifpolitik der Direktion im Laufe der letzten Jahre gegenüber den städtischen Arbeitern in verschiedener Beziehung ins Hintertreffen geraten sind. Die Argumente des Organisationsvertreter und der übrigen Unterhändler, mit denen die Notwendigkeit einer durchgreifenden Lohnerhöhung begründet wurde, vermochten die Direktion nicht zu bewegen, die Löhne um einen größeren Betrag auszubessern als die durch den amtlichen Lebenshaltungsindex ermessene Beteuerung der Lebenshaltung während der Vertragsdauer ausmacht. Die Direktion erklärte, daß sie äußerstenfalls zu einer zweiprozentigen Lohnerhöhung bereit sei.

In der Debatte kam die ungeheure Erregung der Belegschaft über das Verhalten der Direktion zum Ausdruck. Fast ausnahmslos wurde die Auffassung vertreten, daß mit allen gewerkschaftlichen Mitteln verfußt werden müsse, die berechtigten Forderungen durchzusetzen. Wenn die Direktion ihren unhaltbaren Standpunkt nicht aufgeben wolle, müsse sie eben im offenen Kampf zum Nachgeben gezwungen werden. Die Versammlung nahm zum Schluß eine Resolution fast einstimmig an, in der es heißt:

„Die Versammelten verlangen von der Organisation, daß ihnen umgehend ein endgültiges Verhandlungsergebnis zur Urabstimmung vorgelegt wird. Sie verpflichten alle Kollegen, einmütig zusammenzutreten und eventuell die Durchsetzung der Forderung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu erzwingen.“

Die Direktion der Charlottenburger Wasserwerke läßt durch das Wolff-Bureau eine Erklärung veröffentlichen, in der gegen die

Forderung der Arbeiter angeführt wird, daß der Lebenshaltungsindex seit einem Jahr nur wenig verändert habe.

Wir stellen zwei Fragen: 1. Berechnen die Direktoren ihre Gehälter und Lohntien auch nach dem Existenzminimum, auf dem der Lebenshaltungsindex beruht?

2. Gehört der Ertrag der Mehrleistungen des Personals den Aktionären, Aufsichtsräten und Direktoren, oder hat das Personal auch einen Anspruch auf den Ertrag seiner Leistungen?

Wir stellen der Direktion gern unsere Spalten zur Beantwortung dieser zwei Fragen zur Verfügung.

## Einigung in den Metallgießereien.

Der Schiedspruch von beiden Parteien angenommen.

Die am Montag in den Betrieben der Vereinigung Berliner Metallgießereien durchgeführte Urabstimmung hat die Annahme des von uns bereits mitgeteilten Schiedspruches ergeben, der für alle Arbeiter eine Lohnerhöhung um 4 Pf. pro Stunde vorsieht. Da auch die Unternehmer den Schiedspruch angenommen haben, ist das Lohnabkommen, rückwirkend ab 16. September, in Kraft getreten. Die Tariflöhne betragen nunmehr in der 1. Klasse 1,22 M. pro Stunde, in der 2. Klasse 1,10 M. und in der 3. Klasse 97 Pf.

## Lohnerfolg der Tapezierer.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeulleur hatte entsprechend dem Beschluß einer Branchenversammlung der Tapezierer das Lohnabkommen für diese Branche zum 15. September gekündigt und eine Erhöhung der Löhne und Akkorde um 10 Proz. gefordert. Ueber diese Forderungen wurde mit der Tapezierervereinigung am 17. September verhandelt.

Nach sechsständiger Verhandlungsdauer machten die Unternehmer folgendes Angebot: Ab 21. September erhöhen sich die Mindestlöhne und alle bestehenden Löhne um 4 Pfennige pro Stunde, ab 1. März 1930 um weitere 2 Pfennige und ab 1. September 1930 nochmals um 2 Pfennige. Die Akkordepreise werden im gleichen prozentualen Verhältnis aufgebessert. Die Löhne der Junggehilfen und Röhertinnen werden entsprechend dem im Mantelarif festgelegten Berechnungsschlüssel erhöht. Das Lohnabkommen soll bis zum 31. Dezember 1930 gelten. Der Mindestlohn für Gehilfen im dritten Gesellenjahr würde demnach in drei Etappen von 1,30 auf 1,38 M. erhöht werden.

Mit diesem Verhandlungsergebnis beschäftigte sich am Montag in Dörings Festhale eine überfüllte Branchenversammlung der Tapezierer, die nach längerer Aussprache in geheimer Abstimmung dem Angebot der Unternehmer zustimmte.

Da auch die Unternehmer dem Angebot ihrer Unterhändler zugestimmt hatten, ist der Lohnkonflikt im Berliner Tapezierergewerbe nunmehr endgültig beigelegt.

## Achtung, Gummiarbeiter!

Durch ein Flugblatt, unterzeichnet „Die Branchenleitung i. V. Fr. Behner“, werden die Gummiarbeiter Berlins zu einer Versammlung eingeladen. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Unterzeichner des Flugblattes wegen verbandsschädigenden Verhaltens aus dem Fabrikarbeiterverband ausgeschlossen ist und infolgedessen kein Recht hat, im Auftrag der Branchenleitung der Gummiarbeiter Versammlungen einzuberufen.

Der verantwortlich Zeichnende des Flugblattes, Erich Steffen, ist feinerget ebenfalls aus dem damaligen Gasarbeiterverband ausgeschliffen worden. Diesen Leuten ist es nicht um die Interessen der Gummiarbeiter zu tun, sondern lediglich um die Schwächung und Schädigung der Gewerkschaften zum Schaden der Arbeiter und zum Nutzen der Unternehmer.

Wir warnen alle Gummiarbeiter, diesen Leuten auf den Leim zu kriechen. Kein Gummiarbeiter, der auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale steht, darf diese Verammlung besuchen. Laßt die Kommunisten mit ihrem Unhang unter sich!

Achtung, KGB, Hennigsdorf 21, und 31. Freitag, 16. Uhr, bei Wehlhaus (Schüler Hotel), wichtiges Fraktionsversammlung aller SPD-Gesellen. Gummiarbeitende Kollegen können einberufen werden. Regen Besuch erwartet. Der Fraktionsvorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband. Einleger: Morgen, Donnerstag, 17. Uhr, Versammlung, Rungestr. 30. Ortsverwaltung Berlin.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Deute, Mittwoch, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Zentrum: Jugendheim Lehndelver Str. 24-25. Portraa: Disziplinierter der deutschen Jugend. — Nordring: Jugendheim Schule Gennersburger Str. 20. Portraa: „Arbeit und Rechtswesen“. — Wehlensee: Gruppenheim Wehlensee, Portraa: M. Auerferat. — Eichen, Schwelken: Stadt, Jugendheim Nordstr. 11 (Tabellehülle). Portraa: „Arbeitsrat Kollatz“. — Westhale: Jugendheim Portraa, 29 (Schl.). Bei uns geht's lustig zu — Hofmann kommt.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anaeffellen

Deute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Geländebesuch: Jugendheim Schindlerstr. 1 (Schindlerheim, 5 Tr.). Portraa: „Moderne Kasperlparade“. Referent Otto Kamm. — Steglitz: Jugendheim in der Schule Köhlerstr. 61. Portraa: „Tribunensittliche Warenherstellung und -verteilung“. Referent Willi Berlin. — Wertheim: Jugendheim Dandler Straße 62 (Parade 2). Lieberabend, Lieberhändler mitbringen! — Westhale: Jugendheim Wehlensee Str. 1-4. Ede Banner Straße. Portraa: Jugend und Berufsausbildung. Referent Erwin Bunsel. — Eichen: Jugendheim Brunnstraße 128. Wir veranstalten eine Arbeitsortschau. — Spanbau: Jugendheim Eintrachtstr. 1. Portraa: Jugend und Berufsausbildung. Referent Richard Schulte-Frenkel. — Wehlensee: Jugendheim Wehlensee, Portraa: Lieberabend, Lieberhändler mitbringen!

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geget; Wirtschaft: G. Ringelshöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Grinet; Antikomm: Dr. John Schimanski; Politik und Sozialis. Reichsarbeit: Anzeiger; Th. Glade; Jüdisch in Berlin, Berlin: Fortwärtig-Berlin G. m. b. H. Berlin; Freud: Fortwärtig-Berlin und Berlin-Anhalt Post; Singer u. Co., Berlin; G. m. b. H. Lindenstraße 2, Dierau 1; Bellage und „Unterhaltungs und Wissen“.

## Kennen Sie schon alle Sorten von MAGGI-Suppen?

- |                 |                    |              |                 |               |
|-----------------|--------------------|--------------|-----------------|---------------|
| Blumenkohl      | Erbs               | Königin      | Reis            | Spargel       |
| Eier-Buchstaben | Erbs m. Schnitzkn. | Mockerturle  | Reis-Julienne   | Tapioka, echt |
| Eier-Nudeln     | Erbs m. Speck      | Schenschwanz | Reis m. Tomaten | Tomaten       |
| Eier-Sternchen  | Grünkern           | Pilz         | Rumford         | Windsor usw.  |

Alle MAGGI-Suppen schmecken gut - Sie werden zufrieden sein -





## Kommunistische Wahldemagogie.

### Stadtverordnetendebatten über die Verkehrsbetriebe.

In den Verkehrsbetrieben der Stadt Berlin haben in der letzten Zeit die Kommunisten sehr an Boden verloren. Desto voller nehmen sie den Mund in der Stadtverordnetenversammlung, wenn es gilt, sich als Freunde der Verkehrsangestellten aufzuspielen. Wahldemagogie trieben die Kommunisten gestern, als über den aus dem Ausschuss zurückkommenden sozialdemokratischen Antrag auf Errichtungheizbarer Aufenthaltsträume für das Straßenbahn- und Omnibuspersonal verhandelt wurde. Aus Wahldemagogie der Sozialdemokraten wollte der kommunistische Redner diesen schon Anfang Mai eingebrachten Antrag erklären, aber unser Genosse Karl Klose antwortete ihm, daß in Wahldemagogie die Kommunisten selber Meister sind. Unser Antrag wurde in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung angenommen. Nachher richteten die Kommunisten bei der Vorlegung der Bilanzen der städtischen Verkehrsbetriebe aus 1928 eine Schimpftatoneade gegen die Direktion der Verkehrs-Gesellschaft. Unser Genosse Amberg stellte fest, daß im Aufsichtsrat die Kommunisten fast niemals Anträge stellen. Wo Mitarbeit von ihnen verlangt wird, verlegen sie. Wahldemagogie war auch dieses kommunistische Geschimpfe, mit dem man zum 17. November werden zu können sich einbildet.

Die sozialdemokratische Fraktion habe den Antrag gestellt, an den Endhaltestellen der Straßenbahn- und Omnibuslinien

#### Aufenthaltsträume für das Fahrpersonal zu errichten

und diese im Winter zu heizen. Der vorbereitende Ausschuss hatte den Antrag angenommen mit der Maßgabe, daß die Aufenthaltsträume in Verbindung mit Warteräumen für die Fahrgäste gebaut werden. Der Kommunist Deter, früher Betriebsratsmitglied bei der Verkehrs-Gesellschaft, sprach seine Verwunderung darüber aus, daß die Sozialdemokraten einen solchen Antrag stellten. (Ironischer Jurist bei den Sozialdemokraten: Ist auch eine Gemeinheit!) Deter ging der Antrag nicht weit genug; er verlangte einen ganzen Strauß kommunistischer Zulageanträge, die aber teilweise schon im Ausschuss abgelehnt wurden. Unnötig zu sagen, daß der kommunistische Redner die Hege gegen die sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder der BVG, auch von der Stadtverordnetentribüne herab fortsetzte. Genosse Klose hielt die Bemerkung Deters fest, die Kommunisten rechnen mit der Ablehnung ihrer Zulageanträge, aber sie wollten im Wahlkampf zeigen, daß nur sie allein die Freunde des Verkehrs-personals seien. Die Kommunisten, sozte Genosse Klose, sind erst durch unseren Antrag aus ihrer Ruhe aufgeschreckt worden.

(Während des Winters merkte Herr Deter im warmen Betriebsratszimmer nichts von der Not seiner Kollegen!)

Wo waren denn die kommunistischen Aufsichtsratsmitglieder mit ihrer Personalfreundschaft und mit ihren Vorschlägen, als die neuen Wagen gebaut wurden? Jetzt kommt man mit allerlei Anträgen hinterhergebinkt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber lobenden Ausführungen Deters über Moskauer Verkehrsverhältnisse stellte unser Redner fest, daß ein Moskauer Straßenbahnwagen im Jahre 600 000, ein Wagen in Berlin aber nur 229 000 Personen befördern muß. (Sehhalts Hör, hört! bei den Sozialdemokraten.) Schließlich soll ja Moskau erst in den nächsten Jahren eine Ufergrundbahn bekommen. Bei einigen guten Willen kann die Betriebsleitung der BVG, sobald an die Ausführung des sozialdemokratischen Antrages gehen und ohne die Verzögerungen, die die Ausführung der kommunistischen Zulageanträge herbeiführen würden, Maßnahmen für das Personal schaffen. Dem kommunistischen Antrag auf Heizung der Sperrehäuser bei der hoch- und Ufergrundbahn werde die sozialdemokratische Fraktion zu-

stimmen. — Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde dann mit großer Mehrheit angenommen.

Die Anträge der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Parteien wegen der

#### Heranziehung von erwerbslosen Angestellten zu den Wahlarbeiten

und so weiter wurden angenommen. Die zur Kenntnisnahme eingebrachte Vorlage des Magistrats betreffend die Bilanzen der Verkehrs-Gesellschaft gab dem Kommunisten Wisnewski Anlaß, wiederum gegen die Sozialdemokraten in der Verwaltung der BVG, besonders unseren Genossen Brodat, die lächerlichsten Vorwürfe zu erheben. Brodat heutzutage die Verkehrsarbeiter kapitalistisch aus, die Verkehrsbetriebe müßten „wieder kommunalisiert“ werden.

Genosse Amberg fragte die Kommunisten, was denn ihre Vertreter im Aufsichtsrat der Verkehrs-Gesellschaft getan hätten, um die Forderungen ihrer Parteizentrale durchzuführen?

Im Aufsichtsrat hätten die — übrigens ständig wechselnden Aufsichtsräte — Kll dagegen und die Initiative den Sozialdemokraten überlassen.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Weder die Verbesserung der Sozialleistungen, noch der Ausbau des Wagenparks habe sie aus ihrer Ruhe aufschrecken können; vielleicht wußten sie nicht, welche politische Richtung ihrer Partei zu vertreten war! Ueber die Vorteile, die die neuen Tarifvertragsabschlüsse brachten, über die Vertärzung der Arbeitszeit um  $\frac{1}{4}$  Stunde, über die Einführung des Achtschuldentages, über die Bestrebungen, in kürzester Zeit auch für das Verkehrspersonal den Achtschuldentag einzuführen, über alles das hat Herr Wisnewski nichts sagen dürfen. Dieser Herr hat auch bewiesen, daß er von Unfalls Statistik keine Ahnung hat. Die Berliner Verkehrs-Gesellschaft kann noch immer den Vergleich mit den Verkehrsbetrieben ähnlicher Städte aushalten. Warum aber werde immer der Sozialdemokrat Brodat angegriffen? Das mache doch den Eindruck, als sei man im kommunistischen Lager über die Mißerfolge bei den Verkehrsarbeitern erbost. Jedemfalls stelle die „Kritik“ des Herrn Wisnewski die gewalttätige Herbeizerrung von Lügen und Verdächtigungen aller Art dar, deren selbst der feigste Reichslügenverband sich nicht schämen brauche. Aber schließlich ist Direktor Brodat nicht einmal für die vorliegende Bilanz verantwortlich: Sie betrifft das Jahr 1928, also eine Zeit, in der Genosse Brodat noch gar nicht an der Spitze der BVG stand. (Hört, hört! und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Den Vergleich mit den Moskauer Verkehrsbetrieben braucht die BVG, wahrlich nicht zu scheuen.

#### In Moskau war man unfähig, die Straßenbahn kommunal zu verwalten.

(Lärm bei den Kommunisten), in Berlin sind die Verkehrsbetriebe: unter hervorragender sozialdemokratischer Beteiligung auf die Höhe der Leistungsfähigkeit gebracht worden! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Stadtverordneter Deter (Komm.) weiterte noch einmal gegen die BVG, und dann schloß die Debatte über die Bilanz, die nur zur Kenntnisnahme vorlag.

Aber die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern noch die mußte noch die Begründung des Stadtverordneten Wisnewski zu dem Antrag der Kommunisten wegen der Entlassung von Mitgliedern des Betriebsrates der BVG, über sich ergehen lassen. Hier wurden noch einmal alle Schreufen kommunistischer Verdächtigungs- und Verdrehungsart geöffnet, aber das gelehrte Haus zeigte wenig Interesse für des Redners Tiraden. Allseitig bedauerte man, daß ärztlicher Beistand für Herrn Wisnewski nicht greifbar war! Wie tief kommunistische Debottiertheit gelunken ist, bewiesen einige — von vielen — Juristen des Herrn Friz Lange, Neudölln. Er bezeichnete sozialdemokratische Stadtverordnete als „feingemachte Penner und politische Rauffes“. Darin erschöpfte sich die kommunistische Arbeit im Kommunalwesen Berlins seit Jahren!

Die Weiterberatung wurde vertagt. Zu den Mitteilungen eines früheren Direktors der Wüll-abfuhr-Gesellschaft über unzulässige Geschäfte bei der Gesellschaft hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Anfrage eingebracht:

Der frühere Direktor der Wüllabfuhr-Gesellschaft, Herr Friedrich Wilhelm Krüger, hat in einem Briefe an die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung behauptet, daß der Stadtrat a. D. Wege zusammen mit anderen Mitgliedern des Aufsichtsrates dieser Gesellschaft „dunkle Geschäfte“ getätigt habe in der alleinigen Absicht, sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Herr Krüger behauptet weiter, daß der städtische Dezernent Stadtrat Reuter es für angebracht gehalten habe, „diese taurigen, auf betrügerischer Handlung beruhenden Machenschaften mit dem Mantel der Liebe zuzudecken“. Wir fragen an: Entsprechen diese Behauptungen der Wahrheit, was hat der Magistratsdezernent getan, um die Interessen der Stadt in der Bewoq wahrzunehmen?

### Zwecklose Reden und Forderungen.

#### Ein „Führer“ der Erwerbslosen zu Gefängnis verurteilt.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Neudölln wurde am letzten Freitag und am Dienstag gegen den Führer der Neudöllner kommunistischen Erwerbslosen, W., verhandelt. Der Angeklagte war beschuldigt, in sieben Fällen Hausfriedensbruch und in einem Fall Landfriedensbruch begangen zu haben.

In einigen Neudöllner Arbeitsnachweisen sind die Räumlichkeiten recht primitiv. In dieser Zeit mehrten sich die Klagen der Erwerbslosen, die auch im Winter in zugigen Korridoren auf die Auszahlung ihrer Gelder warten mußten. Damals wurden die Räume dem Arbeitsamt Südost unterstellt, dessen Leiter Stadtrat Zobel wurde. Stadtrat Zobel hatte schon vor seinem Dienstantritt die Räume besichtigt und sofort erklärt, daß hier Abhilfe geschaffen werden muß. Da zu dieser Zeit aber die Erwerbslosenversicherung erst aufgebaut wurde, dauerte die Abstellung der Mängel einige Zeit. Der kommunistische Erwerbslosenausschuss suchte und fand die Möglichkeit, sich bei den Erwerbslosen recht beliebt zu machen, indem er tagaus, tagein die Behördenstellen mit Delegationen überfiel. Die Forderungen unterbreiteten. In den schon engen Räumen wurden Versammlungen abgehalten, Reden geschwungen, so daß die Beamten teilweise stundenlang an ihrer Arbeit gehindert wurden. Dadurch mußten naturgemäß auch die Erwerbslosen immer längere Zeit im Arbeitsnachweis verbringen. Das Arbeitsamt sah schließlich keine andere Möglichkeit, Ruhe zu schaffen, als dem ständig randalierenden Führer dieses Ausschusses das Betreten der Räume zu verbieten. W. kümmerte sich um das ihm schriftlich zugelandte Verbot nicht, hielt weiter Versammlungen ab und beteiligte sich an Delegationen, die zu den verschiedensten Beamten des Arbeitsamts gelandt wurden. Stadtrat Zobel betonte den Erwerbslosen gegenüber wiederholt, daß er zwar den Erwerbslosenausschuss nicht anerkennen könne, aber bereit sei, mit einzelnen Erwerbslosen die Mängel zu besprechen und abzustellen. W., der aber nun einmal den Richter der Erwerbslosen spielen wollte, kam mit immer größeren Delegationen zu dem Leiter des Arbeitsamtes

#### Eines Tages erschien er mit 50 Erwerbslosen und randallerte im Hause umher.

Sein Trupp hinderte die Beamten an der Arbeit. Auf einen Beamten wurde sogar eingeschlagen. Nach diesem Vorfall stellte das Arbeitsamt Strafantrag wegen Hausfriedensbruch, über den jetzt verhandelt wurde.

Vor Gericht hielt Herr W. lange Reden, sein Verteidiger, Rechtsanwalt Camker, noch längere, die Beweisaufnahme war aber nicht zu erschüttern. W. wurde für schuldig erklärt, in sieben Fällen Hausfriedensbruch begangen zu haben und in einem Falle sogar schweren Landfriedensbruch. Der Staatsanwalt beantragte

**Die Pflasterkästen**  
von A.M. Frey.

60] Copyright 1929 by Gustav Kiepenheuer Verlag A.-G., Berlin

Sie beobachten niedergebaut teils die Schüsse, teils den Franzosen. Aus der weiteren Verteilung der Einschlüge geht nicht sicher hervor, daß sie gemeint sind, daß man sie beobachtet hat, aber vielleicht sind sie doch gemeint.

Sie warten. Des Franzosen Mantel auf der Bahre flattert. Friert er nicht im kälter werdenden Wind? Funk macht den Vorschlag, ihn herunterzuheben, ihn herbeizupolen.

„Das würde ihm schlecht bekommen mit seiner Darmverletzung“, sagt Fünfer. „Solch Umhergezerrt ist nichts für ihn, man läßt ihn besser ruhig liegen. Er ist ja übrigens wahrscheinlich sowieso verloren.“

Es ist immer dasselbe. Keine Behandlungsmöglichkeit, kein rechtzeitiger Abtransport. Kein Operationsaal, keine ausgekochten Instrumente, kein Chirurg. Verloren.

Ein aus der Garnison frisch herausgeschickter Doktor verlangt einmal Mitnahme des großen truppenärztlichen Bestecks auf den Verbandplatz. Er als neugeborener Bataillonsarzt glaubte über „seinen“ Wagen verfügen zu können. Dies große Besteck, mit Knochensägen und allen möglichen Schikanen ausgerüstet, ruht aber immerdar in der Tiefe des Sanitätswagens und hat nur den einen Zweck, wertvoll wie es ist, den Krieg heil zu überstehen. Es wird nie benutzt, es dient lediglich einer ständigen Sorge des Feldwebels. Rostet nichts darin, zerbricht nichts, verbiest sich nichts? Manchmal, aber nur in ganz ruhigen Ruhestunden, wird der schwere Koffer aufgemacht, ehrfurchtig durchgezählt und wieder abgeschlossen. — Der junge Bataillonsarzt drang mit seinem Befehl nicht durch; der erfahrene Feldwebel weigerte sich, ihn auszuführen. Mit Recht. Was sollte denn der andere? Etwa draußen Peiber öffnen mit Fingern, für die tagelang nicht einmal Waschwasser da war? Glieder abheben mit Messern und Sägen, die man am Ende im Rassee sterilisierte? Möbden. Je weniger man tat, um so besser. Man konnte kaum noch aß.

Zwischen flattert weiter der Mantel des Franzosen. Einmal legt er sich anders — sieh, so gut kann er sich noch be-

wegen. Etwas blüht in der tiefen Sonne kriegerisch an ihm auf: ein Knopf, ein Gürtelschloß.

Nach der Lageänderung wird der Mantel ruhiger. Nur für kurze Zeit, dann beginnt er von neuem zu wehen, der Wind hat ihn wieder zu packen gekriegt. — Er ist so sehr einsam. Ringsumher, über die Ebene hin, sieht man nichts als ihn, und es ist, als sei er in großer Aufregung, obwohl er doch still liegt und nur sein blaues graues Tuch erregt ist.

Die Beschickung nimmt ab, hört auf, der Wind nimmt zu. Sie steigen heraus aus dem kleinen Graben, sie wollen weiter.

Dr. Fünfer hat schnell Recht bekommen: wie sie nach dem Franzosen sehen, ist er tot. Er ist gestorben unter den Augen aller, ohne daß es irgendeiner begriffen hätte.

Sie lassen den Leichnam sacht von der Bahre rutschen, sie lassen ihn liegen und sind froh, ohne das Gewicht weiter zu können.

Sie langen mitten in der Nacht dort an, wo sie von nun ab drei Wochen hausen werden: in den Kellern von Schloß Fontaine, sehr nahe der vordersten Linie, keiner ausgebauten mehr, sondern einer eben errungenen Front, die sich erst festigen muß — oder erwünschter noch: in den nächsten Tagen weiter vorgetragen wird. Aber daraus wird nichts, der Gegner hat sich festgegriffen, er leht heftigen Widerstand entgegen. Wie bestig, das lehren gleich die nächsten Stunden.

Die Preußen packen da unten zusammen, ein Arzt von ihnen ist noch anwesend, er übergibt den Verbandplatz Fontaine den Bayern. Nicht ohne Zwistigkeiten: die Preußen wollen die letzten Flaschen Wein, die sich in den geräumigen Kellern der schloßartigen Villa vorgefunden haben, und alles Verbandmaterial mitnehmen, eine Schar Vermundeter aber da lassen. Schließlich einigt man sich dahin, daß der Wein geteilt wird, und daß Verbandzeug und Vermundete bleiben. Die „gegnerischen“ Feldwebel sagen einander Unliebenswürdigkeiten, die Ärzte trennen sich mit steifer Verbeugung.

Dann sind die Bayern Herren der Lage, und Unteroffizier Bierlinger läßt als erstes mal „den Stall ausmisten, den die Saupreußen so verdreckt haben“.

Platz ist hier unten reichlich vorhanden. Dr. Fünfer ist zufrieden. Man kann bequem aufrecht stehen und gehen in den Räumen, in den verbindenden Gängen. Die gewundene Kellertreppe ist sogar so breit, daß man sie zur Not mit der Trage passieren kann.

Das Schloß über dem unterirdischen Bau ist fast unverfehrt. Doch es luxuriös eingerichtet und kaum angetastet ist, ergötzt der nächste Morgen. Hier waren ja noch vor zehn Tagen die Franzosen, vielleicht nicht nur Rüstär, sondern die

Schloßbesitzer selbst. Auch die Franzosen machten dann den Keller zur Sanitätsstelle: es finden sich Holzschienen für Gliederfrakturen, wie sie die deutsche Armee nicht kennt.

Fünfer und seine Ärzte finden, daß sich hier der Zukunft einigermaßen entgegenzehen läßt. Sie haben einen Schlafraum für sich, ausgestattet mit Betten und Ottomanen aus den Zimmern hoch über ihnen. Weiter sind da: zwei Räume für wartende Vermundete und Kranke, ein Verbandraum, ein Ruheraum für die Mannschaft.

Aber die Breite, die Höhe dieses Kellertkomplexes hat auch Schattenseiten und Gefahren: Vethge geht schnuppernd, prüfend, klopfend umher und bezweifelt, ob sie verhältnismäßig dünne Decke, die beträchtliche Spannweite der Bögen allen Möglichkeiten einer Beschickung standhalten wird. „Ein kleinerer Keller, ein enger, niedriger, wäre mir lieber, Funk“, sagt er.

Nachdem der Platz aber nun einmal so ist, wollen sie wenigstens die Geräumigkeit genießen, sich austrecken, schlafen — doch da wird ihnen ein Strich durch die Rechnung gemacht. Wer trifft ein mit Stab und Dienerschaft, mit Schreibern und Schreibmaschine? Regimentskommandeur Major Dufang.

Er steigt hinunter zu seinem verachteten Stabsarzt Fünfer. Er begrüßt ihn beinahe herzlich. Er habe die Regimentsbefehlsstelle — weiter hinten — vom Artilleriefueer arg mitgenommen, man könne sagen: unbrauchbar vorgefunden.

Er habe erfahren, der Raum für den Verbandplatz Fontaine sei so reichlich bemessen, daß man den Regimentsgefechtsstand hier einrichten könne.

In den Schloßräumen oben? meint harmlos Fünfer.

Selbsterklärend hier unten, stellt Dufang mit kalter Stimme richtig. Man müsse eben zusammenrücken. „Das heißt, Herr Stabsarzt, ich muß Sie bitten, Ihren Sanitätsbetrieb etwas zu rationieren.“

Funk und Fünfer schauen einander an: geht denn das überhaupt, einen Gefechtsstand gemissermaßen zuzudecken mit der Genfer Fahne? Der Herr Kommandeur begibt sich unter die internationale Sanitäts-einrichtung. In ihrem Schutz führt er seinen Krieg?

Es ginge nicht — wenn nicht eben alles drunter und drüber ging. So aber wird das Schloß, ob Gefechtsstand, ob Verbandplatz, im Lauf der nächsten Tage in Grund und Boden geschaffen. Hat der Gegner das Rote Kreuz auf grauem weißen Tuch, das einen Teil des Hauses überspannt, wirklich nicht gesehen oder will er es nicht sehen?

(Fortsetzung folgt.)



insgesamt acht Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf sieben Monate Gefängnis mit bedingter Strafauflösung. B. ist das Opfer kommunistischer Verhöhnung geworden; er ist Fanatiker, der sich in eine Märtyrerrolle hineinpielt, die ihm jetzt sieben Monate Gefängnis eingebracht hat. Seine wirren Reden waren der beste Beweis dafür, daß seine einsame geistige Welt die „rote Fahne“ zu sein scheint.

## Warum tat er es?

Nach das Gericht fand keine Antwort.

Nach eineinhalbstündiger Beratung verurteilte das Landgericht III den 24jährigen Landarbeiter Paul Krüger wegen Totschlag an seiner Schwägerin zu neun Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Sechs Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet.

Dieser Bürsche mit blutleerem Gesicht, ausladendem Kopf, verkrümmter Wirbelsäule, verblühtem Brustkorb, mit Fingern, die gleichfalls Verkümmerte von Knochenverwundungen zeigen, dieser physische Krüppel mit schwachem Geist, wie ihn der Sachverständige Sanitätsrat Dr. Leppmann bezeichnete, wird im Zuchthaus eine nur allzu traurige Figur machen. Eine Gesellschaft, sagte aber der Staatsanwalt, die solche überflüssigen und unnützen Mitglieder nicht ausmerzt, wäre selbst krankhaft zu nennen. Und der Vorsitzende meinte in seiner Urteilsbegründung: „Er war ein Taugenichts, und an seinen Händen klebt das Blut seiner Wohltäterin; mildernde Umstände mußten ihm verlagert werden.“ Tatsächlich war das Verbrechen gräßlich genug. Um so gräßlicher, als es jeder Begründung bar schien. Seine Motivlosigkeit spricht aber nicht gegen, sondern für den Angeklagten — für die Krankhaftigkeit seines Wesens. Mit normal-psychologischen Motiven war die Seele dieses Krüppels nicht zu ergründen. Staatsanwalt und Sachverständige deuteten wohl das einzig mögliche Motiv seiner Tat an, sie war gewissermaßen eine sexuelle Erschlagung. Er, der Krüppel, der nie eine Frau gefaßt, stand plötzlich einem gesunden, kräftigen Weibe gegenüber, die zu ihm gut war, ihn begütete und pflegte. Unbewußt war sie ihm mehr als nur eine Schwägerin. Als sie aufhörte, gut zu ihm zu sein, erfaßte ihn Haß gegen sie. Haß, der explosivartig zum Totschlag führte. Den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Siegert packten einen Augenblick Bedenken: „Befindet sich der Angeklagte?“ fragte er den Sachverständigen Dr. Leppmann, „vielleicht doch im Zustande einer beginnenden Geisteskrankheit? Können wir sicher sein, daß er nicht ein halbes Jahr nach der Verurteilung erkrankt?“ Darauf Dr. Leppmann: „Die Möglichkeit erscheint nicht ausgeschlossen. Er befindet sich in einem Alter, das für das beginnende Jugendirresein typisch ist; die motive Tat könnte wohl als Symptom dafür gelten.“ Der Sachverständige fand es aber trotzdem nicht für erforderlich, von sich eine Beobachtung in der Irrenanstalt zu beantragen. „Eine solche würde nichts ergeben“, meinte er. So kam das Gericht zu dem Zuchthausurteil; man hatte allgemein mit einer Gefängnisstrafe gerechnet. Vielleicht sollte sie ihm auf dem Gnadenwege gewährt werden — trotz der Gräßlichkeit der Tat. Einem Krüppel gegenüber kann nicht das gewöhnliche Maß angelegt werden.

## Unser Werk!

### Sozialdemokratische Aufbauarbeit im Bezirk Friedrichshain.

Vor den Kreisdelegierten der Parteiorganisation Friedrichshain der SPD. referierte Bürgermeister Genosse Rieck über den Aufbau und die Arbeit des neuen Berlin. Die Sozialdemokratie, so führte er aus, hat erst nach dem Fall des Dreiklassenwahlrechts eine intensive Kommunalarbeit aufnehmen können. Heute sind in fast allen Kommunalbehörden der Reichshauptstadt die sozialdemokratischen Fraktionen die aktivsten Förderer kommunalpolitischer Aufgaben. Wer die Statistiken über die Ausgaben der Haupt- und Bezirksverwaltungen durchsieht, wird feststellen können, daß die Ausgaben für die Wohlfahrtsverwaltungen von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Der Kreis der fürsorglichen Betreuung durch die Kommunalbehörden ist durch die große Arbeitslosigkeit und Not immer stärker geworden. In einzelnen Bezirken sind die Etatsmittel bis zu 33% Proz. von den Wohlfahrtsämtern in Anspruch genommen. Im Bezirksamt Friedrichshain betragen die Ausgaben für die Wohlfahrt 38 Proz. der Gesamtausgaben. 32000 Personen werden durch die Wohlfahrtsstellen betreut. Im Bezirk sind in 60 Schulen Schulspeisestellen eingerichtet, wo täglich 880 Portionen Mittagessen ausgegeben werden und 3700 Kindern ein warmes Frühstück verabreicht wird.

Dem Bezirksamt Friedrichshain sind in diesem Jahre 3400 Kinder auf Erholungsreise geschickt worden.

Die Betreuung der Schulkinder durch das Bezirksamt erfolgt auch in gesundheitlicher Beziehung durch eine Krankenabteilung gegen Rachitis und Rheuma. Alle diese Einrichtungen wurden von den sozialdemokratischen Stadträten in enger Verbindung

# Straßenbahn rammt Autobus.

Schweres Verkehrsunglück in Schöneberg. / 16 Verletzte.

Gestern abend ereignete sich in der Hauptstraße, Ecke Großgörschenstraße, in Schöneberg ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 40 und einem Autobus der Linie 14. Der stark besetzte Autobus wurde seitlich gerammt. Durch die Wucht des Zusammenstoßes wurde die Seitenwand eingedrückt und sämtliche Fenster Scheiben zertrümmert. Sechzehn Fahrgäste hatten Verletzungen erlitten, sie erhielten auf der nahegelegenen Rettungsstelle in der Vorbergstraße die erste Hilfe.

Der Autobus kam aus der Richtung Hallesches Tor und wollte von der Großgörschenstraße in die Hauptstraße einbiegen. Dabei wurde der Wagen von der Straßenbahn an der linken Seite erfasst und ihm die ganze Seitenwand eingedrückt.

Einem Augenblick schien es, als ob der Autobus umstürzen wollte,

er gewann aber glücklicherweise das Gleichgewicht zurück. Ueber die erschreckten Fahrgäste, die bei dem heftigen Anprall sämtlich von ihren Sitzplätzen geschleudert wurden, ging ein Hagel von Glas- und Holzspitzern nieder. Im Augenblick herrschte ein wildes Durcheinander, denn alles drängte dem Ausgang zu. Von Passanten war inzwischen die Feuerwehr alarmiert worden, die nach wenigen Minuten an der Unfallstelle, die mit Glascherben dicht überfüllt war, eintraf. Sechzehn Personen, die zum Teil stark blutende Verletzungen erlitten hatten, wurden zur Rettungsstelle in der Vorbergstraße gebracht. Hier stellte sich heraus, daß die Verletzungen glücklicherweise leichter Natur waren. Nach Anlegung von Rotverbänden konnten alle Verletzten in ihre Wohnungen entlassen werden. Die Unfallstelle war längere Zeit polizeilich abgesperrt. Der Verkehr wurde in beiden Richtungen empfindlich gestört. Die Entstehungsurache bedarf noch der Klärung; es scheint aber, daß die

Bremse der Straßenbahn nicht einwandfrei funktioniert hat.

Beide Fahrzeuge, die schwere Beschädigungen aufwiesen, mußten aus dem Verkehr gezogen werden.

## Was ein Augenzeuge sah.

Ein Augenzeuge des Zusammenstoßes teilt uns folgendes mit: Der Autobus der Linie 14 wollte, von der Großgörschenstraße kommend, in die Hauptstraße einbiegen. Eine Straßenbahn der Linie 40, die von Schöneberg kommend, kurz nach der Haltestelle Brunenwaldstraße schon wieder eine ziemliche Fahrgeschwindigkeit

entwickelt hatte, fuhr dem Autobus direkt in die Seite. Der furchtbare Anprall, das zerplitternde Glas, die Entsetzens- und Schmerzensschreie der Verletzten hatten im Umsehen eine Riesenmenschenansammlung zur Folge. Einige aus starken Gesichtsschnittwunden Blutende werden aus dem Autobus herausgetragen. Ein kleiner Junge auf dem Arm des Vaters, aus mehreren Wunden blutend, schreit immerfort nach seiner Mutter. Im selben Augenblick wird in einer Autodrosche eine anscheinend schwer verletzte, blutende und ohnmächtige Frau vorübergefahren. Der kleine Junge glaubt seine Mutter zu erkennen und kann nicht beruhigt werden. Nach genau drei Minuten ist die Feuerwehr bereits zur Stelle, eine gute Leistung. Der Verkehr staut Straßenweit. Zum Ueberfließ passiert in dem Augenblick, als das Unglück geschah, eine Kolonne singender Hakenkreuzer die Stelle. Sie lassen sich nicht stören. Keinem scheint der Gedanke zu kommen, daß vielleicht Hilfe voranden. Ungerührt von der Not der Mitmenschen marschieren sie weiter. Größen ist wichtiger. Wahrscheinlich sind sie stolz auf ihre „Marschdisziplin“. Aber die begleitenden Schupo Beamten helfen die Unglücksstelle absperrten. Die Hakenkreuzer freilich sind jetzt ohne Schutz.

## Nichtsplitterndes Glas.

Die meisten Verletzungen werden, wie auch bei den Autobus- und Straßenbahnunfällen an den Vortagen, durch zertrümmerte Fensterscheiben verursacht. Schon wiederholt ist deshalb von der Deffentlichkeit gefordert worden, daß die Verkehrs-A.G. ihre Fahrzeuge mit nichtsplitterndem Glas ausrüstet. Wie hierzu von maßgebender Seite mitgeteilt wird, sind bereits seit längerer Zeit Versuche im Gange, um Straßenbahnen und Autobusse mit brauchbaren und einwandfreien nichtsplitternden Scheiben zu versehen. Da es sich bei der Anzahl der Fahrzeuge, die im Dienst der BVG. stehen, natürlich um ein Riesenscheit handelt, müssen die zurzeit bei dem Stande der Glasindustrie vorhandenen splitterfreien Glasarten genau geprüft und ausprobiert werden, ehe eine endgültige Entscheidung getroffen werden kann. Das bekannte splitterfreie Triplesglas, das bei Flugzeugen und Autos vielfach schon Anwendung findet, ist sehr teuer und kommt für einen Massenbedarf kaum in Frage. Außerdem hat es den Nachteil, daß es sehr schnell eine gelbliche Färbung annimmt. Zurzeit werden von der BVG. verschiedene splitterfreie Glasarten, darunter auch Drahtglas, praktisch ausprobiert und es ist zu hoffen, daß bald eine befriedigende Lösung im Interesse des Publikums gefunden wird.

mit der sozialdemokratischen Fraktion geschaffen. Die Sozialdemokratie kann auch auf dem Gebiete der Kommunalpolitik eine intensive Aufbauarbeit aufweisen. Sie weiß, daß ihre Arbeit in weitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung volle Anerkennung finden wird und daß diese Schichten wieder der Sozialdemokratie am 17. November ihr Vertrauen geben werden. Nach dem Referat, das starken Beifall fand, wurde die Aufstellung der Kandidaten für die Bezirksverordneten- und Stadterordnetenversammlung vorgenommen. Spitzenkandidat für den Bezirk Friedrichshain wurde der Genosse Büchner. Der Siebener-Ausschuß des Kreises hatte eine Kandidatenliste aufgestellt, die mit großer Mehrheit angenommen wurde.

## Amerikaner sind gern in Berlin.

Die Fremdenaison geht in Berlin jetzt langsam ihrem Ende zu. Obwohl sich ein abschließendes Bild am Ende des Jahres erst auf Grund der Fremdenverkehrsstatistik ergeben kann, läßt sich doch schon jetzt sagen, daß Berlin mit seinem Ausländerbesuch 1929 zufrieden sein kann. Vor allem ist der Besuch von Amerikanern, die der Zahl nach an der Spitze stehen, in sehr erfreulichem Maße gestiegen. Die mündliche Propaganda der letztjährigen Berlinbesucher und die Werbung in USA. durch Deutschland tragen Früchte! Die Ausfahrten für 1930 sind durchaus günstig.

## Nächtlicher Fabrikbrand.

In der vorletzten Nacht wurde die Feuerwehr nach dem Elisabethufer 55 alarmiert, wo im Obergeschoß des Fabrikgebäudes, in dem eine Firma für Radiosubehörteile ihre Werkstätten hat, Feuer ausgebrochen war. Das Feuer hat längere Zeit unbemerkt geschwelt, denn beim Eintreffen der Löschzüge waren die Decken zum Dachgeschoß und zu den unteren Räumen bereits durchgebrannt. Die Flammen fanden an den leicht brennbaren Materialien, Bettbänken und dem Dachgebälk rasche Nahrung. Ueber das völlig verqualmte Treppenhaus und eine mechanische Leiter wurde mit mehreren Schlauchleitungen gegen den Brandherd vorgegriffen. Nach zweistündiger Tätigkeit war das

Feuer gelöscht und die Aufräumarbeiten konnten vorgenommen werden. Die Entstehungsurache ist noch ungeklärt.

Im Hause Kürstnerstraße 3 gerieten gestern Brennmaterialienvorräte in Brand. Es gelang der Feuerwehr, den Brand nach kurzer Zeit zu löschen. Als Entstehungsurache wird Selbstentzündung vermutet.

## 15 Millionen Tonnen Güter in Berlin.

Die Gesamtzufuhr an Gütern in Berlin, die ein Bild von den ungeheuren Mengen Waren, Lebensmitteln und Rohstoffen für unsere Industrie gibt, ist in den letzten zwei Jahren um 22,9 Proz. gestiegen, sie betrug im Jahre 1928 15 316 204 Tonnen. Der Ausgang an Gütern aus Berlin, der etwas mehr als ein Viertel der Einfuhrmengen ausmacht, ist im Verhältnis zu den Vorjahren ebenfalls um 23,4 Proz. gestiegen, er beträgt aber nur 4 930 227 Tonnen im Jahre 1928.

Berlin hat in seinem Reichsbilde nicht weniger als 60 Güterbahnhöfe, die für den Verkehr von sehr unterschiedlicher Bedeutung sind. Ueberragend ist der Anhalter Bahnhof, der die stärkste Güterbewegung und 7,3 Proz. des gesamten Güterverkehrs aufweist. An zweiter Stelle kommt der Nordbahnhof, ihm folgen Moabit und der Schlesische Bahnhof. Die bedeutende Kohlenzufuhr Berlins ruht am Anhalter und Nordbahnhof, in Moabit und am Görlicher Bahnhof an. Außerdem hat der Anhalter Bahnhof eine starke Zufuhr von Papier und der Nordbahnhof von Kartoffeln und Milch. Die in der Nähe größerer Werke gelegenen Bahnhöfe zeigen ebenfalls eine große Kohlenzufuhr, wie z. B. der Bahnhof Rummelsburg, wo die bedeutende Kohlenzufuhr für das Kraftwerk Klingenberg in Großrummelsgarten einfließt.

Zimmer für Studenten! Parteigenossen, die billige und gute Zimmer an studierende Genossen vermieten wollen, werden gebeten, sich an den Sozialistischen Hochschulausschuß zu wenden! Genaue Angabe des Mietpreises und eventueller Nebenkosten erwünscht! Anschrift: Sozialistischer Hochschulausschuß „Der Bund“, Berlin NW. 6, Albrechtstr. 11, Gartenhaus 2 Treppen.

Der seit altersher als haarstärkend und belebend anerkannte Natursaft der Birken bildet die Grundlage für das nach wissenschaftlicher Erkenntnis zusammengestellte Dr. Dralle's Birken-Haarwasser. Weltbekannt als unerreichtes Mittel gegen Kopfschuppen und Haarausfall.

Preis: RM 2.<sup>00</sup> und RM 4.<sup>00</sup> ½ Liter RM 6.<sup>00</sup> ¼ Liter RM 12.<sup>00</sup>







# Notwendige Versicherungsreform.

## Forderungen der Gewerkschaften.

Von sachmännlicher Seite wird uns geschrieben: Die Stellungnahme der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zum Frankfurter Versicherungsstandort ist sehr zu begrüßen; sie sind die ersten, die mit klar formulierten Forderungen zur Reform des privaten Versicherungsrechts herauskommen. Diese Forderungen sollen noch in einer umfangreichen Denkschrift näher begründet werden. Die Initiative der Gewerkschaften findet ihre Begründung in der Tatsache, daß die Versicherung heute ein Massengeschäft geworden ist. Wohl jeder Familienvater ist — ganz abgesehen von der staatlichen Sozialversicherung — einmal oder mehrere Male versichert. Leider haben nicht alle Arbeiter, Angestellten und Beamten den Weg zur

### gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherung.

der Volksfürsorge gefunden, noch immer zahlen Millionen ihre Prämien bei privaten Gesellschaften, die mit ihren Milliarden-einnahmen zu einem wichtigen Faktor des Kapitalmarktes geworden sind. Wenn die Gewerkschaften zur Versicherungsreform Stellung nehmen, dann haben sie zunächst natürlich den Schutz ihrer Mitglieder als Versicherungsnehmer im Auge, darüber hinaus aber erblicken sie in der Versicherung einen so wichtigen Zweig der Volkswirtschaft, der wegen seiner Bedeutung nicht zum Spielball der Interessen einzelner Finanzmächte werden darf, sondern in erhöhtem Maße der staatlichen Aufsicht unterworfen sein muß.

Die einzelnen Forderungen der Gewerkschaften ziehen die Konsequenz aus der veränderten Situation seit der Schaffung des Gesetzes über die Aufsicht privater Versicherungsunternehmen im Jahre 1901. Die gesetzlichen Bestimmungen mochten den Verhältnissen von damals angepaßt sein, sie werden aber der heutigen Lage nicht mehr gerecht. Von 1901 bis 1929 hat sich das Versicherungsgewerbe von Grund auf geändert, nicht nur, daß der Konzentrationsprozeß zur Bildung einiger Riesenkonzerne geführt hat, die in den Rückversicherungsunternehmen als eine Art Dachgesellschaft ihre Zusammenfassung fanden, sondern die einzelnen Zweige des Versicherungsgewerbes und seine Technik haben sich mit der Zeit auch stark verändert. Die Transportversicherung ist, gerade, weil sie bisher der Aufsicht nicht unterworfen war, zum Träger mancher kleiner, aber rüstreicher Versicherungen (z. B. Film-, Montage-, Autotaxi-, als auch Garderobe-, Schülerschiff-, usw.) geworden. Es scheint daher als eine unbedingte Notwendigkeit, auch diese Zweige wie grundsätzlich jeden anderen Zweig der Versicherung der staatlichen Aufsicht zu unterwerfen.

Aber es kommt nicht nur auf die durchgehende Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen an, sondern auch auf

### eine Verschärfung der Aufsicht.

und zwar zu allererst auf erweiterte öffentliche Rechnungslegung der Gesellschaften; es genügt nicht, daß das Reichsaufsichtsamt Einblick in die Geschäftsverhältnisse der Gesellschaften nehmen kann, sondern gerade weil die Versicherung zu einem Massengeschäft geworden ist, muß eine öffentliche Kontrolle gefordert werden. Aus den Bilanzen müssen die Beteiligungen und Konzernzusammenhänge hervorgehen, und die Bürgschaften umfassen reichlich sein. Diese Forderungen beruhen zum Teil auf Fragen der schwedischen Aktienrechtsreform.

Die Art und Weise, wie der Zusammenbruch des zweitgrößten deutschen Versicherungskonzerns vor sich gegangen ist, zeigt, daß die Stellung des Aufsichtsamtes gegenüber den Gesellschaften gelockert werden muß. Mögen vielleicht auch die formell-rechtlichen Vorschriften des bisherigen Gesetzes an sich ausreichend sein, um die Versicherungsgesellschaften in ihrem Geschäft durch das Aufsichtsamt zu kontrollieren, die Praxis hat erwiesen, daß

### diese Kontrolle völlig ungenügend

war — und das Verlangen der Kontrolle hat mit zu einer schweren Erschütterung des deutschen Kreditmarktes beigetragen. Deshalb fordern die freien Gewerkschaften mit Recht, daß künftig eine besondere Stelle mit der Bornahme unvermuteter örtlicher Revisionen beauftragt wird. Diese Forderung berührt sich offenbar mit den Plänen des Reichswirtschaftsministeriums, das eine Treuhandgesellschaft mit solchen Revisionen beauftragen will. Die übrigen Forderungen der freien Gewerkschaften gehen aber in einschneidenden Punkten über die Beschlüsse des Reichswirtschaftsministeriums hinaus.

Die Gewerkschaften wünschen mit Recht eine wesentliche Verschärfung der Kapitalanlage-Vorschriften und eine Reorganisation des Aufsichtsamtes, während das RMW es hier wohl im Grunde genommen alles beim Alten lassen will. Nichts erscheint uns indessen gefährlicher, als

### eine unvollkommene oder halbe Reform

in diesen Punkten. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, daß das Gesetz eigentlich gar nicht so schlecht ist und dem Aufsichtsamt große Möglichkeiten böte. Um so notwendiger ist daher eine Reform des Reichsaufsichtsamtes. Die besten Vorschriften verfallen, wenn die Personen fehlen, sie zu handhaben. Wir wollen weder den guten Willen der Beamten im Aufsichtsamt noch des technischen Sachverständigen seines Beirates in Frage stellen, und dennoch sind wir mit den Gewerkschaften für eine gründliche Wenderung in der Zusammenlegung des Beirates und für eine Erweiterung seiner Befugnisse. Wir halten es für einen unmöglichen Zustand, daß der Beirat einer Aufsichtsbehörde zu mehr als der Hälfte aus unmittelbar interessierten Versicherungsdirektoren zusammengesetzt ist. Die Vertretung der Versicherer und der Versicherungsangestellten ist höchst unvollkommen, und auch die Gewerkschaften könnten Sachverständige zum Beirat vorschlagen, die ihrer Aufgabe nachvollständig gewachsen wären. Auf jeden Fall kann man nach dem Frankfurter Standort nicht gut behaupten, daß das Amt und der Beirat jeder Lage und Situation gewachsen gewesen wäre. Dabei sind wir allerdings der Meinung, daß es bei diesen Sachverständigen nicht nur auf die reine Fachkenntnis ankommt, sondern daß der Beirat in hohem Maße allgemein volkswirtschaftliche Funktionen zu erfüllen hat.

Der Sachverständige der Frankfurter Versicherungsdirektoren hat nicht verhindert,

### versicherungsfremde Geschäfte zu tätigen.

die privatwirtschaftlich wie volkswirtschaftlich gleich schädlich waren. Deshalb erscheint es den Gewerkschaften notwendig, daß die Vorschriften über die Kapitalanlage der Versicherungsgesellschaften wesentlich verschärft werden. Bisher bestanden nur Vorschriften über die Anlage der Prämienreserven bei der Lebensversicherung, jedoch sollten ähnliche Vorschriften für das bisher freie Vermögen auch bei den Sachversicherungen erlassen werden. Grundätzlich sind versicherungsstrenge Geschäfte auszuschließen, grundsätzlich muß der Kapitalstrom der Versicherungskonzerne dorthin zurückgelenkt werden,

woher er kommt. Die breite Masse der Versicherungsnehmer bringt den größten Teil der Prämien auf, es muß daher verlangt werden, daß die Kapitalien der Gesellschaften in gesteigertem Umfang dem Wohnungsbau dienstbar gemacht werden.

Ferner sollte eine Neuregelung der Versicherungsbedingungen im Interesse der Versicherten stattfinden. Einmal sind die Bedingungen für den Laien als Versicherungsnehmer böhmische Dörfer, so daß man eigentlich nie weiß, was man unterschreibt, sondern die Versicherungsbedingungen haben insbesondere

### bei den Lebensversicherungen zu Ubergewinnen geführt.

die dem Versicherten in irgendeiner Form wieder zugeführt werden müssen. Die Versicherungsgesellschaften sind heute die Nutznießer der deutschen Kapitalnot, die die größten Gewinne aus der überhöhten Zinsspanne ziehen, und gerade dieser leichte Verdienst ist es, die manchen Versicherungsunternehmen zu Geschäften verleitet, die dann mit einem Bombenknall enden.

## Die hartnäckige Reichsbahn.

### Erneuter Antrag zur Tarifierhöhung an die Regierung.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat in den letzten beiden Tagen zur Frage der Tarifierhöhung und deren Ablehnung durch den Reichsverkehrsminister Stellung genommen. Er kann die vom Reichsverkehrsminister gegebene Begründung zur Ablehnung der Tarifierhöhung nicht anerkennen und hat beschlossen, der Reichsregierung die Lage der Gesellschaft erneut darzustellen. Die gegenwärtige Lage der Reichsbahn mache es unbedingt notwendig, über die Frage zu verhandeln, wie ihr Mittel zugeführt werden sollen, durch die sie den auf ihren Betrieb ruhenden Lasten gerecht werden kann.

Der Verwaltungsrat bestritt ferner, daß die bei der Ablehnung der Tarifierhöhung gegebene Begründung des Reichsministers Stegerwald zureife. Minister Stegerwald habe bekanntlich darauf hingewiesen, daß die Mehrausgaben bei der Reichsbahn durch die sehr günstige Entwicklung des Güterverkehrs und damit der Einnahmen gedeckt werden könnten. Es seien aber vom 1. Januar bis zum 1. September dieses Jahres nur 2½ Mill. M. mehr gegenüber dem Voranschlag eingekommen. Im Monat September sei die veranschlagte tägliche Bruttoeinnahme bisher nicht voll erreicht worden.

Sodann weist der Verwaltungsrat darauf hin, daß zur Deckung der Mehrausgaben, insbesondere für die Lohnerhöhung, nur durch eine erneute Dröselung aller Sachausgaben möglich gewesen sei. Jedoch müßten im Interesse der Betriebssicherheit höhere Aufwendungen in beschleunigtem Maße durchgeführt werden. Selbst wenn für die wersteigernden Aufwendungen die Reichsbahn zu erträglichen Bedingungen an den Kapitalmarkt herantreten könne, so müßten nicht nur die Ausgaben für Unterhaltung und Erneuerung, sondern auch gewisse Aufwendungen (!!) für Modernisierung der Anlagen aus den Betriebseinnahmen gedeckt werden.

Der Verwaltungsrat betrachtet es als Aufgabe der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, ein genügendes Maß sachlicher Ausgaben für Unterhaltung, Erneuerung und Betriebsentwicklung unter allen Umständen sicherzustellen. Die Gesellschaft würde es im allgemeinen und im eigenen Interesse begrüßen, wenn sie dem Verkehr die neue Belastung ersparen könne. Jedoch hält es die Reichsbahnverwaltung für ihre dringende Pflicht, eine Tarifierhöhung in ausreichendem Maße erneut zu beantragen und nachdrücklich weiter zu verfolgen.

Dieses Vorgehen des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn ist ein starkes Stück. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß sich unter den gegenwärtigen Umständen eine neue Herausforderung der Eisenbahn für die Wirtschaft weitaus schwieriger auswirken würde, als vor einem Jahr, wo durch den Spruch des Reichsbahngerichts entgegen dem Standpunkt der Regierung die Tariffälle erhöht wurden. In den letzten drei Monaten sind die Einnahmen der Reichsbahn ganz gewaltig gestiegen. Sie betrugen im Mai 451 Mill. M., stiegen im Juni auf 464 Mill. M. und erreichten im Juli mehr als 501 Mill. M.

Allerdings ist die Verwaltung der Reichsbahn bemüht gewesen, diese günstige Entwicklung nach Möglichkeit zu vertuschen. Schon im Mai wurden für 17 Mill. M. mehr Erneuerungen durchgeführt als im Vormonat, und im Juni wurden die Gesamtausgaben noch von 446,8 auf 461,9 Mill. M. gesteigert. In dem letzten Abrechnungsmonat, dem Juli, sprangen merkwürdigerweise die Ausgaben ebenso gewaltig in die Höhe wie die Einnahmen, so daß trotz der glänzenden Einnahmementwicklung nur ein kleiner Ueberschuß von 23 Mill. M. übrig blieb. Unter anderem konnte die Reichsbahn allein 17 Mill. M. in die Reserve zurückstellen, die zum Ausgleich von Mindereinnahmen infolge Verkehrschwankungen dienen sollen.

Es kann nach den Ergebnissen der letzten Monate kaum daran gezweifelt werden, daß die Reichsbahnverwaltung ihre günstige Lage verschleierte, um ihre Tarifwünsche gegenüber der Regierung unter allen Umständen durchzusetzen.

## Die Kohlenkonjunktur im August.

### Förder- und Abfahrsiffern noch über Julihöhe.

Nach den Ermittlungen der Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der Deutschen Industrie stellt sich die Kohlenförderung im Ruhrgebiet für den Monat August auf insgesamt 11,0 gegen 10,9 Millionen Tonnen im Vormonat und nur 9,8 Millionen Tonnen im August vorigen Jahres. Die arbeitsmäßige Förderung, die im Berichtsmonat mit rund 408 000 Tonnen die Ergebnisse vom Juli um etwa 3800 Tonnen übertrifft, liegt um mehr als 12 Proz. über der arbeitsmäßigen Förderung des August 1928.

Wie sehr sich auch die Abfahrtsverhältnisse für Ruhrkohle gehessert haben, geht daraus hervor, daß trotz der gegenüber August 1928 ganz erheblich gestiegenen Förderung die Halbenbestände sich im Berichtsmonat auf nur 1,6 gegen 2,7 Millionen Tonnen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres stellen. Da sich gegenüber der mehr als zwölfsprozentigen Steigerung der arbeitsmäßigen Förderleistungen die Gesamtbelegenschaft von 373 660 auf 382 221 Mann erhöht hat, also nur um 2,3 Proz., wird deutlich ersichtlich, in welchem Maße auch im Laufe des letzten Jahres die Leistungen je Mann und Schicht im Ruhrbergbau weiter, hin zugenommen haben.

Wie das Abfahrtsverhältnis Kohlenindustrie in seinem Augustbericht mittel, betrug der Gesamtabfuhr 10,67 gegen 10,54 Millionen Tonnen im Vormonat. Gegenüber dem August

Ebenso berechtigt ist die Forderung nach Wahrung der sozialen Interessen der Versicherungsangestellten bei Zusammenzügen. Nach der Uebernahme der Frankfurter Allgemeinen durch die Allianz hat man trotz weitgehender Zusicherungen an die Angestellten jetzt schon mit dem Abbau von Angestellten eingeleitet, dem insbesondere die älteren zum Opfer fallen. Der Stand der Versicherungsgesellschaften berechtigt zu der Forderung, daß hier den entlassenen Angestellten, die

### der Rationalisierung des Gewerbes

zum Opfer fallen, Abfindungen gewährt werden, die ihnen die Gründung einer neuen Existenz ermöglichen. Die Angestellten haben bei dem Wiederaufbau des deutschen Versicherungsgewerbes nach der Inflation unter Entbehrungen Enormes geleistet, und sie haben auch Anspruch auf ihren Anteil am Erfolg.

Wir möchten wünschen, daß die Anregungen, die die Gewerkschaften mit ihren Forderungen gegeben haben, auch auf fruchtbaren Boden fallen. Nicht auf eine Reform allein kommt es an, sondern darauf, in welchem Sinne diese Reform erfolgt. Dafür enthalten aber die Forderungen der freien Gewerkschaften wichtige Richtlinien, auf deren Begründung in der Denkschrift man gespannt sein kann. Hoffentlich kommt die Denkschrift bald, denn es ist notwendig, das Reformwerk mit möglichst Beschleunigung noch in diesem Jahr durchzuführen.

1928 ergibt sich bei dem Abzug des Syndikates sogar eine Steigerung von rund 13,2 Proz. Der seit Monaten anhaltende kräftige Aufschwung im deutschen Kohlenbergbau kann also seiner Stärke nach mit den besten Monaten der Hochkonjunktur von 1926/27 verglichen werden.

## Das Problem der Rationalisierung.

### Zur Tagung der Internationalen Handelskammer.

Auf der Berliner Tagung der Internationalen Handelskammerkonferenz wurden gestern von den Ausschüssen fünf Vorschläge zur Reform des Radiowesens vorbereitet.

Eine eingehende Diskussion erfolgte im Auschuß über die Rationalisierung der Industrie. Das Referat über diese Frage hielt das englische Parlamentsmitglied Hannon, der insbesondere die Entwicklung der industriellen Konzentration sowie der industriellen Organisation behandelte. Er wies unter anderem darauf hin, daß für die britische Industrie die Möglichkeiten eines Zusammenschlusses mit der Konkurrenz auf dem europäischen Festlande beschränkt seien. Der Referent wies dabei auf die erheblichen Differenzen in der Lohnhöhe, auf die Frachtkosten sowie auf die Staats-subsidien in den verschiedenen Ländern hin. Jedoch sehe er trotzdem noch große Konzentrationsmöglichkeiten für die Zukunft, besonders in den modernen Industrien der Chemie, Elektrotechnik und Kunststoffe.

Sodann referierte der deutsche Abgeordnete Dr. Brüning über die Mitarbeit der Belegschaften in der Industrie, wobei er auch die verschiedenen Formen einer Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft behandelte. Er wandte sich gegen einen staatlichen Zwang bei der Mitwirkung der Arbeiterschaft in der industriellen Leitung und trat für eine freiwillige Mitarbeit der Arbeiterschaft bei der Betriebsleitung ein. Allerdings blieb Herr Brüning eine klare Formulierung schuldig, wie er sich diese „freiwillige Mitarbeit“ der Belegschaften bei der Leitung von Betrieben dachte.

## Un Sinnige Handelsperre.

### Deutsche Autos dürfen nicht nach Oesterreich.

Man spricht wohl nicht selten vom Anschluß Oesterreich an Deutschland; aber vorläufig gibt es noch Hemmnisse im wirtschaftlichen Verkehr zwischen beiden Ländern, die selbst in unserer protektionistischen Zeit wenig üblich sind. Nicht genug, daß Oesterreich einen Zoll auf die Einfuhr von Kraftfahrzeugen erhebt, der mit 47 Proz. des Wertes des Fahrzeuges des deutschen Durchschnitts (17 Proz.) ausmacht: kein Land darf nach Oesterreich mehr als 300 Wagen im Jahre einführen. Dadurch stellt sich naturgemäß die deutsche Automobilindustrie, die z. T. in Oesterreich einzelne Niederlassungen unterhält, stark behindert, zumal die Einfuhr österreichischer Wagen nach Deutschland im Jahre 1928 etwa 1700 und in der ersten Hälfte 1929 bereits mehr als 850 Wagen betragen hat; das bedeutet, daß die österreichische Automobilindustrie etwa 30 Proz. ihrer Produktion auf dem deutschen Markt absetzt. Nun hat die deutsche Industrie in Verhandlungen eine Erhöhung des Einfuhrkontingents verlangt mit dem Hinweis, daß solche Kontingentsbestimmungen nicht der Meistbegünstigung unterlägen, eine Erhöhung für Deutschland also den anderen Ländern nicht zugute käme. Während im vorigen Jahre das Einfuhrkontingent für Deutschland tatsächlich erhöht wurde, hat die österreichische Automobilindustrie in diesem Jahre so heftig protestiert, daß die beabsichtigte Erhöhung unterließ. Damit ist die Einfuhr deutscher Automobile bis Ende dieses Jahres praktisch unmöglich geworden, da das Kontingent erschöpft ist. Die deutschen Firmen haben jetzt ihre zugelegte Beteiligung an österreichischen Rennen und Ausstellungen wieder rückgängig gemacht. Wie soll der Anschlußgedanke marschieren, wenn der wirtschaftlichen Verständigung solche Stolperdrähte gelegt werden!

10 Prozent Flauerer Cardinen-Dividende. Die schon in den letzten Jahren hochrentable Cardinenfabrik Flauen A.-G. hat auch in dem jetzt abgeschlossenen Geschäftsjahre 1928/29 wieder sehr gut abgelaufen. Wenn auch die Dividende von 12 auf 10 Proz. ermäßigt wurde, so ist sie doch bei der allgemeinen Lage der Textilindustrie in Deutschland als sehr hoch anzuspitzen. Ueber Geldmangel kann die Gesellschaft wirklich nicht klagen. Während die gesamten laufenden Schulden noch nicht 200 000 Mark betragen, werden an Bankguthaben und sonstigen Forderungen fast 1 Million ausgewiesen. Nach dem Geschäftsbericht hat sich seit Ende Januar der Auftragseingang belebt, so daß der Betrieb bis zum Ende des Geschäftsjahres gut beschaffen ist.

Starker Kalkabfuhr im September. Nach dem Bericht der hannoverschen Bankhauses Gebr. Doman hat die Landwirtschaft in den letzten Wochen mit dem Hereintommen der ersten Ernteerlöse erhöhte Kalkaufträge erteilt, so daß die Abfuhrschätzung des Kalksyndikats von 1,25 Mill. Doppelzentnern nicht unwesentlich überschritten werden wird. Im September vorigen Jahres wurden 1,41 Mill. Doppelzentner abgefuhrt.



Das Gesundheitswasser!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11, Schöneberger Str. 16a, Tel. Lützow 5260-64



## Werner Richter: Der gackernde Fürst

(Schluß.)

Christoffer schwieg; im Eifer des Erzählens war er in seinem Stuhle weit nach vorn gerückt, rötliche Querfalten auf der geröteten Stirn. Der Vater, tief in seinen Sessel gelehnt, hatte die Perle abgenommen; wie eine rote Kugel schwebte sein Blick in den Tabakwolken. „Und weiter, Christofferten,“ fragte er bedächtig, „weiter?“

„Weiter, Herr Vater,“ antwortete der Sohn, „ist wenig mehr zu vermeiden. Die Frau hat wohl den Schmuck verkauft, den sie zur Audienz trug, sofern ihn ihr die Garben nicht abgerissen hatten. Und dann hat sie gebettelt; die Russen sind ja guimutig gegen Bettler. Manchmal mag ihr wohl auch die alte Silberpuderin im Palais einen Bissen zukommen lassen. Vielleicht stiehlt sie auch manchmal, ich weiß es nicht. Ihren Mann sieht sie nur, wenn er auf seinem Viertorb hinter der Jarin dreinsfährt; immer muß er um sie sein und immer sein Geschrei ausstoßen, das das Gackern eines Huhnes bedeuten soll, aber mehr dem Beheul eines Wahnsinnigen gleicht. Zu essen bekommt er gut, Schläge aber, sobald er sich einfallen läßt, ein Mensch und keine Henne zu sein; ein paar Male hat er versucht, sich aus dem Fenster zu stürzen, aber da hat man ihm auf der Folter ein wenig die Beine verrenkt, weil er sie ja doch nicht mehr brauche, wenn er Eier ausbrütet. Es sind in diesem Rußland wahrhaft kuriose und grausame Sitten.“

Der Senator prüfte mit gekniffenen Augen das Gesicht des Sohnes; seine breite Hand zerrte ein wenig beunruhigt an dem gehäkelten Jabot, das unter seinem feinsten Kinn hervorhing. „Und er, Christofferten,“ fragte er, schwerdämig, „was hat nun er getan, als ihm das junge Frauenzimmer dies alles vorgeklagt?“

Christoffer wurde verlegen: „Ich habe ihr zuerst ein wenig Geld gegeben; der Herr Vater wolle verzeihen, daß ich es auf Geschäftsreisen gebucht habe. Dann habe ich ihr den Weg zum Hotel des Herrn kaiserlichen Gesandten beschrieben und sie angewiesen, am nächsten Tag als österreichische Untertanin vor ihm einen Fußfall zu tun und seine Intervention bei der Jarin zu

erbitten. Ich versprach ihr auch, wiederum zu ihrem Unterschlupf zu kommen. Aber dann, Herr Vater, packte mich plötzlich das Grauen. Ich brachte es nicht mehr über mich, noch einmal in den Unflat und Gestank ihrer Zustucht zurückzukehren; ich bin angefahren, sobald ich nur konnte, und habe sie nicht wiedergegesehen. Darum nur bin ich so zeitig hier.“ — „Das Grauen also packte ihn?“ fragte der Vater, immer noch reglos stehend; nur der eine seiner säulendicken Unterschenkel im schwarzen Strumpf begann nervös zu zittern, „was denn für ein Grauen?“

„Wie Ihr es nennen wollt,“ antwortete der Sohn und seine Augen wurden inbrünstig. — „das Grauen, die Angst, die Furcht, es könnte mir das Herz umdrehen, es könnte auch mir in diesem fremden Lande irgendeine Verwandlung geschehen; mir war, Herr Vater, als ginge es um das Leben. Genug, ich bin geflohen und habe alle meine Hoffnung auf die Intervention des Herrn kaiserlichen Gesandten gesetzt, der der armen Frau ja gewißlich helfen wird.“

Der Vater schwieg lange. Er ließ nachdenklich den schmerzlichen, brombeerschwarzen Portier aus dem Krug in sein Glas schießen. Dann sagte er: „Diesen Tiroler Papisten fehlt doch aller Sinn für Realitäten. Noch nicht einmal dies wissen sie: das man mit dem graulichen Rußland zur Not zwar und mit aller Vorsicht Handel treiben kann — aber einem Russen die Tochter zu geben ist nicht anders, als ob man sie in einen Zwinger mit Polarbären sperren. Die Firma Progmorer in Innsbruck — was für echt katholische Phantasten!“

Laut kuckend stand der Senator auf, schloß das Fenster und begann umständlich mit Schwamm und Feuerstein die beide Kerzen anzuzünden, die sich vor ihm in der schön polierten Tischplatte spiegelten. Und während ihr süßer Wachsgeruch sich verbreitete, fügte er leise und fast flüchtig hinzu: „Im übrigen hat der lächerliche Geschäftsträger in St. Petersburg dem Senat bereits berichtet, daß der Herr kaiserliche Gesandte harrselig gerade jetzt aufs heftigste bemüht sei, die Jarin zu einem Bündnis wider die Türkei zu gewinnen. Da wird das Innsbrucker Frauenzimmer nicht viel von ihm zu erhoffen haben.“

## Otto Flake: Erste Erregung

In einer Garnison an der lothringischen Grenze stand auf dem Hof aus Reichsadzeilen ein Haus mit geheimnisvollen Unterstellungen, weißwäuligen Ställen und verwickelten Flügeln. Im Hofraum hieß es die Schwawelkorn, weil es von schwädischen, d. h. deutschen, Offizieren und Beamten bewohnt wurde.

Wenn die Kinder hinter den Risten der unterirdischen Gewölbe versteckt spielten, tauchte am Krüchel die Besizerin auf, eine alte Französin, deren Mann die Deutschen anno 70 als Frontireur erschossen hatten, und war so unheimlich wie die Ratten, die ihnen über die Füße liefen.

Der junge Kurt aus dem dritten Stock bewilderte ein wenig, seine Mutter lag im Krankenhaus. Zwei Familien teilten sich in die Weisung. Am Montag und Mittwoch nahm er sein Frühstück und die anderen Mahlzeiten bei der im zweiten Stock ein, am Dienstag und Donnerstag bei der im Erdgeschoss.

Hier, im Erdgeschoss, fand der Knabe, wenn er vor Beginn der Schule herunterkam, die Frau des Tierarztes im schwarzen, die Büste eng umschließenden Reider, eine üppige Wallonin, die ihren Mann, ein Männchen von unwahrheitlicher Dürre, wie zur Eleganz auch zum Französischsprechen anhielt.

Trotz er am nächsten Morgen in das Frühstückszimmer des Landgerichtsdirektors im zweiten Stock, so sah die junge Tochter am Tisch eng und versorgte ihn mit duftendem Kaffee und frischen Brötchen. Sie war sechs Jahre älter als er, achtzehn, ein rotblondes Mädchen mit grauen Augen und einem so hellen Teint, daß er die Sommerprossen als wohltätige Dämpfung empfand.

Er mußte Fräulein Marga von der Wallonin erzählen. Ums Leben gern wäre sie mit der Französin zusammengelommen, die Eltern erlaubten es nicht. Zeigte sich die Mutter, so erhielt er einen Bins, zu schweigen.

Erlässige Dinge hörte man von Kameraden aus der Nachbarstadt oder Offiziersbüroschen. Fräulein Marga habe in ihrem Garten vor der Stadt aus bloßer Lust am Feuer den Geräteschuppen in Brand gesteckt. Eine junge Hege, sagte die Wallonin lachend zu ihrem Mann, das deutsche Fräulein habe es nur dem Rang ihres Vaters zu verdanken, wenn sie, in einem Kaufhaus beim Stehlen ertappt, nicht angezeigt worden war.

Kurt erhielt von Marga den Auftrag, Madame Peterfen nach dem neuesten Pariser Parfüm zu fragen — von Madame den —, Marga ein Fläschchen zu überreichen. Der Richter trat ein, schnupperte und machte eine Szene. Woher? fragte er. — Von Frau Peterfen. — Das ist eine Abenteuerin, sein Umgang für ein junges Mädchen.

Fräulein Marga warf die Zöpfe zurück, die Geschichte spielt lange vor den Bubiisuren. Es waren schwer lastende Zöpfe, die dem Knaben den Atem benahmen, sie hatten einen Glanz wie Kupfermatten. Der Richter schaute den Knaben streng an: gab er sich zum Zwischenträger her? Marga fiel ein: ich war selbst bei ihr, laß den Bub aus dem Spiel.

Dem Bub gab es einen Stich. Er wünschte nicht, als Kind von ihr behandelt zu werden. Und dann war noch etwas anderes da — sie lag, ungläubig hatte er in einem Buch gelesen, daß alle Frauen betrügen, es mußte wohl wahr sein. Die Abenteuerin macht mir keine Angst, sagte Marga nachher zu ihm. Er fragte, was das war; sie lachte.

Er verstand und verstand nicht. Es war erregend, die Tür bei der einen und bei der anderen zu öffnen. Fand er ihren Platz einmal leer, war ihm der Morgen verdorben. Beide kamen nie zusammen, aber sie trafen sich in der gleichen spöttischen Art, vom Vater oder Mann zu sprechen.

Manchmal ritt ein Offizier von den Jägern oder ein Einjähriger von den Dragonern in die Straße, hielt vor der Tür und ließ

den Tierarzt rufen. Peterfen, der die Uniform ungern trug, kam mit der Reitpeitsche und wildledernen Handschuhen vors Haus und klopfte die Gelenke des Pferdes ab. Der Reiter grüßte zum Fenster, die Wallonin nickte, die Backenmuskeln des hageren Männchens begannen zu spielen.

Eines Tages sah an seinem Mittagstisch ein junges Geschöpf, die Schwägerin. Sie konnte kein Wort Deutsch. Sie war nicht so üppig wie die ältere Schwester, aber noch bedrückender in ihrer Jugend. Marga nannte Kurt einen dummen Jungen, als er ihr nicht sagen konnte, was für einen Morgenrod diese Anette gestern getragen hatte. Dann legte sie den Arm um ihn: halte die Augen auf, ich will alles wissen.

Sie zeigte vor dem Spiegel, wie Anette sich hielt, ahnte ihre hohe Brust nach und ihren Gang. Kurt tat, was er konnte, um zu berichten. Dann war es nicht mehr nötig, Marga schlüpfte zu Anette. Er kam hinzu als sie sich von ihr schminken ließ. Raum war sie damit fertig, mußte sie alles wieder abschminken, damit der Vater nichts merkte.

Die Strafe begann zu misern. Alle Offizierspferde schienen zu lahmen, jeden Augenblick stand eines vor der Tür. Die Einjährigen brauchten keinen Vorwand, sie holten die Schwestern zum Reiten ab. Am Tisch des Richters erfuhr der Knabe, daß die Damen der Garnison sich über den Verkehr empörten. Das war die Antwort auf die Bitte Margos, auch reiten zu dürfen.

Als der Vater hinter die Besuche kam, sperrte er die Tochter einen Abend in ihr Zimmer ein. Sie ließ sich vom Balkon auf die Terrasse hinab und kehrte am nächsten Mittag zurück, nachdem sie die Nacht bei Anette verbracht hatte, in deren neuen Wohnung. Die Eltern waren starr und gingen der Sache nach. Aus dem, was bei Peterfen vorging — er verbot seiner Frau, von Anette zu sprechen — und aus dem, was Marga trotzig hinwarf, erfuhr Kurt, daß Anette mit einem einheimischen Fabrikanten nach Strahburg in die Theater, nach Nancy über die Sonntage fuhr.

Der Richter ordnete an, daß seine Tochter nicht mehr ohne die Mutter ausging. Sie ließ sich zum Zahnarzt bringen und entwichte aus dem Wartezimmer zu Anette. Der Richter beschloß, sie in eine Pension in der Schweiz zu geben. Gut, erklärte Marga, vorher soll die ganze Stadt wissen, daß ich zu Anette halte. Als der Tag der Abreise nahte, fuhr sie mit der Freundin in der Kutsche des Fabrikanten durch die Stadt. Zwei Sonnenschirme, lässig nebeneinander gehalten, forderten die Bürger heraus.

Man nahm keine Rücksicht mehr auf den Knaben. Der Richter, weiß im Gesicht, teilte mit, daß er die Ausweisung der jungen Belgierin betreiben werde. Dann gehe ich mit ihr und werde Abenteuerin wie sie, erwiderte Marga.

Der Vater stieß sie ins Nebenzimmer, die Mutter Kurt auf die Treppe hinaus. Die Stallknechte erzählten grinsend am Abend, der Richter habe das Mädchen wie ein siebenjähriges Kind über die Lehne gestoßen und mit der Peitsche geschlagen. Den Knaben würgten unennbare Gefühle, er konnte nicht schlafen.

Als er am nächsten Morgen zum Tierarzt hinunterging, öffnete Marga die Tür ihrer Wohnung, drückte ihm ein Päckchen in die Hand und gebot ihm, an der Post auf sie zu warten. Sie nahm dort das Päckchen in Empfang, es enthielt ihren Schmuck, und gab ihm einen Brief mit dem Bedeuten, ihn erst nach der Schule ihrem Vater zu übergeben.

Wir haben keine Tochter mehr, sagte der Richter ganz still zu seiner Frau, als er den Brief gelesen hatte. Marga war mit Anette und dem Fabrikanten nach Paris gefahren. Der Richter ließ sich pensionieren, der Tierarzt auch; beide verließen die Stadt. Die Mutter kehrte aus dem Krankenhaus zurück, das Leben nahm wieder seinen alten, ereignislosen Gang an.

## Werden Tiere sekrank?

Kein vorsichtiger Mensch soll behaupten, daß er sekrant sei, denn er kann einmal in die Situation kommen, wo seine, durch Erfahrungen festbegründete Ansicht, zunichte wird. Wurden doch Kaptäne, die jahrelang auf Riesenschiffen den Ozean durchquerten, bei einer Bergnigungsreise, die sie auf einem Fischdampfer machten, sekrank. Und auf Walfischjägern, deren seebefahrene Mannschaft sich oft aus dem Vort aller Welt zusammensetzt, haben schon mehr als einmal alte Seebären dem Neptun ausgiebig opfern müssen. Solche Erscheinungen können wir uns ohne weiteres mit der verschiedenen Bewegungsart der einzelnen Fahrzeuge erklären. Wie es auch Passagiere gibt, die wohl ein Stampfen (wenn das Schiff vorübergeht und die Spitze tief ins Wasser taucht), jedoch kein Rollen (wenn das Schiff von Seite zu Seite schaukelt) vertragen können. Wie aber steht es nun mit der Sekrankheit der Tiere, von der immer so viel erzählt wird?

Fischer und Schiffer bezeichnen nämlich durchweg sich erbrochende Tiere für sekrank. Ein Erbrechen der Tiere kann man regelmäßig beim Mörenfang beobachten. Geraten doch die Mören über den Fang und gegebenenfalls über den Transport in eine derartige Erregung, daß sie ihren Fraß von sich geben. Sind sie nun auf dem Wege nach ihrem neuen, von Menschen bestimmten Wohnort in einem Boot, dann heißt es einfach: „O, die Mören waren unterwegs sekrank.“ So spricht sich weiter von Mund zu Mund, und so dichtet man den Mören eine Krankheit an, die sie nicht hatten. Die Sturmvoegel brechen aus einer Abwehrmaßnahme heraus, sie machen u. a. von ihr Gebrauch, sobald man ihre Nester berührt. Dergleichen brechen verfolgen und angeschossene Tiere. Erleichtern sie sich, ohne über den Zweck ihres Tuns unterrichtet zu sein? Wenn es nun bei den Menschen oft brutal heißt: „Des einen Tod, des andern Brot“, so darf man bei den Vögeln sagen: „Des einen Tod, des andern Brot“. Die Fregattvoegel nämlich, diese Tiere mit der ungeheuren Flugausdauer, ängstigen und reizen die Sturmvoegel, damit sie, die nie ermüdenden Flieger — zu einer Mahlzeit kommen.

Ebenso werden von den Seegurken und Seewalzen wahre Räubergeschichten erzählt. Da heißt es (die Tiere gehören zu der Klasse der Stachelhäuter. Sie sind meist wurm- oder walzenförmig), sie waren so sekrank, daß sie sogar ihre Eingeweide herausbrachten. Das stimmt schon, der Vorgang ist richtig beobachtet, aber sekrank waren die Tiere nicht. Können sie sich doch eine Selbstzerstückelung erlauben, von der sie Gebrauch machen, um ihrem wirksamen oder dem eingebildeten Feinde zu entgehen. Daher scheiden sie auch tatsächlich auf einem Transport gegebenenfalls Innenteile aus. Aber sie sind dieserhalb nicht gefährdet, weil die Innenorgane sich wieder neu bilden. Ihre große Regenerationsfähigkeit ist natürlich nicht nur ein Glück für sie, sondern unter Umständen auch für ihren Pfleger. Mag ein Mensch es noch so gut mit einer Seegurke meinen, er kann sich ihr schlecht verständlich machen, weshalb sie womöglich bei der leisesten Berührung zur Selbstteilung schreitet. In China werden abgekochte, gedörrte oder geräucherte Seewalzen gegessen. Man rührt ihnen (Trepang) nach, als Liebeserregung zu wirken. Doch behaupten Kenner der Verhältnisse, die Seewalzen ständen in einem jaffchen Ruf, wären es doch nur die zu ihnen gereichten Lunken, die auf die Reindrüsen wirkende Zutaten enthielten.

Unbestritten muß natürlich bleiben, daß ein Ueberseetransport den Reisenden vor die größten Schwierigkeiten stellt. So brachte einmal ein hervorragender Fischkennner Fische aus New York nach dem Berliner Aquarium. Die Tiere waren von der Natur aus weder an eine Brandung noch an fließendes Wasser gewöhnt. Darum ermatteten sie beim andauernden Schaukeln des Schiffes. Der wohl überlegende Pfleger aber wußte sich zu helfen. Er packte eine Badewanne voll leichter Lücher und in die Luftstufen, die durch ihre Anordnung das Schaukeln abmilderten, setzte er die Fische. Dadurch brachte er sie lebend nach Berlin.

Zu Recht fürchtet jeder Tiertransporteur schweres Wetter auf See, obwohl es, wie auch Dr. Heimroth auf Grund der reichsten Erfahrungen behauptet, eine eigentliche Sekrankheit bei Tieren nicht gibt. Zwar starben Wiederläufer, aber nicht durch Sekrankheit, sondern durch die Umstände der Seefahrt, die sie am Wiederläufer hinderten. Die Tiere wurden durch alles mögliche abgelant, kamen nicht zum Wiedertauen und bekamen zuletzt eine Panienlähmung (der Panien ist der erste Magenabschnitt der Wiederläufer). So starb einmal eine Kuh, ihr Kalb jedoch blieb leben, da es noch Milch trank und nicht wiederzukauen brauchte. Pferde, die sich bei schaukelnder Schiffsbewegung nicht hinlegen, sondern unermüdlich stehend kämpfen, um sich zu halten, geraten in schwere Angstzustände. Und es ist erklärlich, daß sie nachher bei ruhigem Wetter auch noch ungesund sind. Man muß dann alles tun, um ihnen das Vertrauen zu ihrer Umgebung und sich selbst wieder zu geben.

So haben die Tiere auf See wohl ihre Nöte, aber nach menschlichen Begriffen sekrank werden sie nicht. Erna Büsing.

## Greise unter den Pflanzen

Es sind nicht allzu viele Pflanzen, die über hundert Jahre alt werden. Da ist zuerst der Weinstock; er soll ein Alter von 130 Jahren erreichen können. Ihm folgt die Ulme mit 335 Jahren, die wilde Rose mit 400 Jahren, der Esen mit 440 Jahren und der Feldahorn mit 516 Jahren. Fichten, Kiefern und Thujabäume werden bei ungehörtem Wachstum 300 bis 400 Jahre alt, Birken 570, Pomeranzen 620, der Delbaum und der Wolsnbaum 800 Jahre. Buchen bringen es auf 900 Jahre, Linden und Platänen auf über 1000, Eichen auf 1500 Jahre. Jedern erreichen ein Alter von 2000, Eiben und Rammulfschichten von 3000 Jahren. Unter den ungeheuren, bis 30 Meter breiten Kronen einiger afrikanischen Baobabs (zu deutsch „Affensbrobaum“ genannt) haben nach der Ueberlieferung schon die allerersten Menschen Afrikas vor den sengenden Sonnenstrahlen Schutz gesucht. Der älteste jurezt bekannte lebende Baum ist die „Inprelle des Montezuma“ in Mexiko, deren Alter auf 6000 Jahre geschätzt wird. Sie erlebte den Pyramidenbau und war schon bejchrt bei der Geburt Christi, mit der wir unsere Zeitrechnung beginnen! Sie sah Kolumbus Amerika entdecken und Cortez Mexiko govern. Damals schon wurde sie von den Mexikanern als ein „ehrwürdiges Denkzeichen vergangener Zeiten“ verehrt. Cortez besuchte sie und nannte sie das größte Wunder, das er gesehen habe.

Vom Rauchtabak. Im Jahre 1628 entstand in Köln die erste deutsche Bfeienindustrie, und im Dreißigjährigen Kriege verbreitete sich das Tabakrauchen durch ganz Deutschland. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde die erste Rauchtabakfabrik in Deutschland errichtet.



